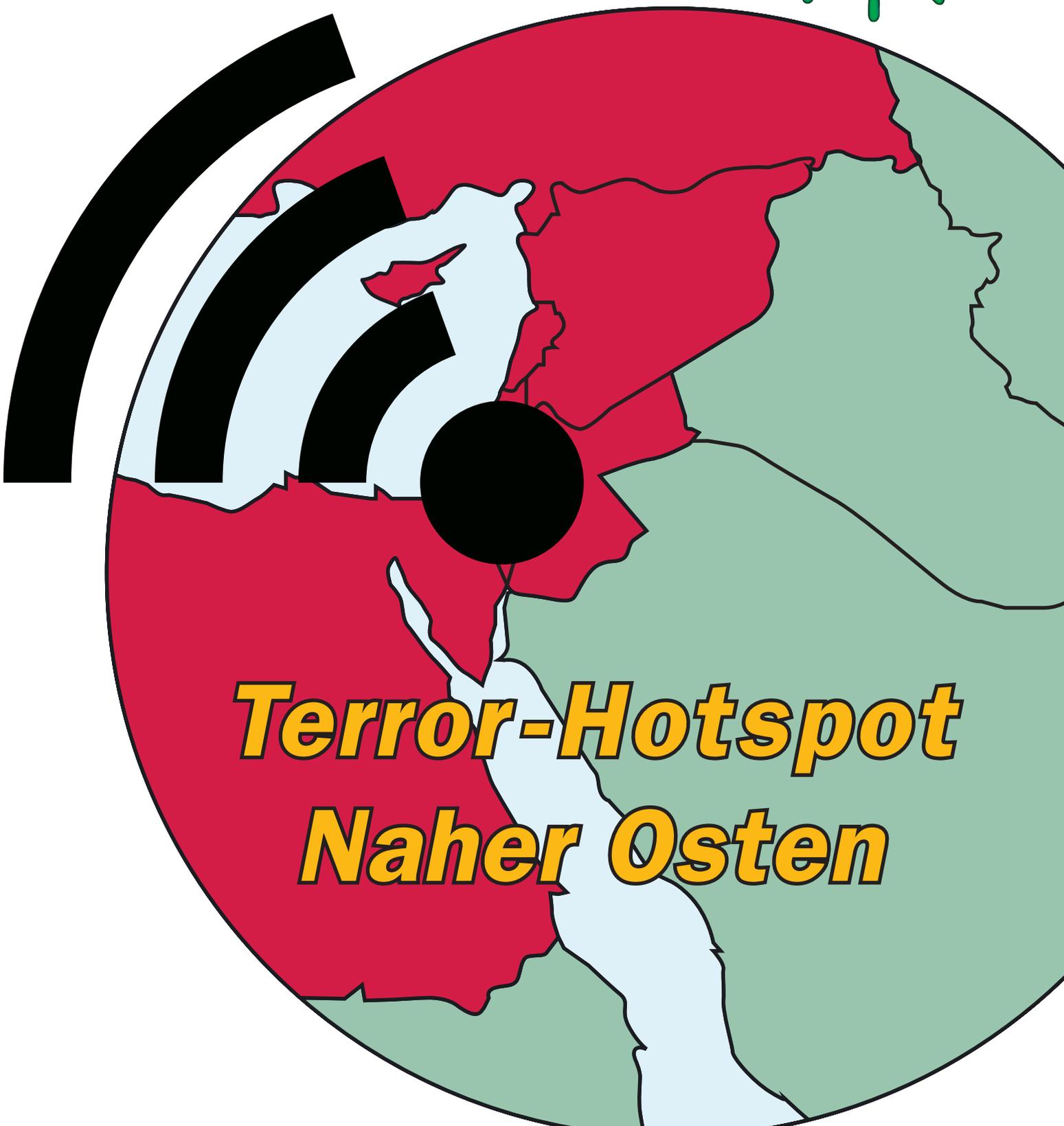


DEUTSCHE
POLIZEI

JANUAR 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Terror-Hotspot
Naher Osten

Pondicherry Nationalpark in Madhya Pradesh. Um mehr zu erfahren, legen Sie sich mit uns www.incredibleindia.org



Schützen Sie die gefährdeten Spezies

Seien Sie eine gefährdete Spezies

Finden Sie was Sie suchen

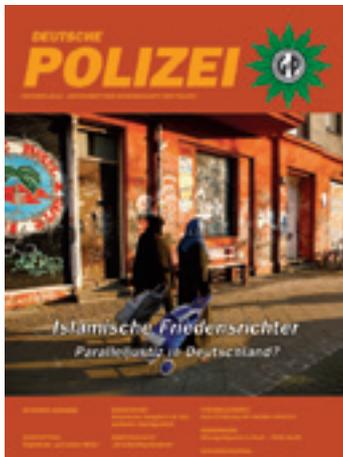
Incredible India

India Tourism Frankfurt
www.india-tourism.com
info@india-tourism.com

Besuchen Sie uns auf der CMT Messe Stuttgart vom 11. bis 19. Januar 2014, Halle 4, Stand Nr. C23



MRL, Mannesmannröhren Logistic. A member of HPL. | Am Rosenbaum 29 | D-40882 Ratingen
Telefon +49 (2102) 2071-0 | www.mrl.eu



„Paralleljustiz in Deutschland“, lautete der Titel der DP-Oktober-Ausgabe 2013. In einem Leserbrief hatte sich daraufhin eine nordrhein-westfälische Kollegin mit deutlichen Worten Luft gemacht. Sie schilderte eindringlich ihre teils schmerzlichen Erfahrungen mit straffälligen Migranten in ihrem alltäglichen Dienst – das löste ein großes Echo an Leserreaktionen aus ...
Seite 22

HÄUSLICHE GEWALT



Foto: Zielasko

... Der Bundesfrauenvorstand der Gewerkschaft der Polizei stellte auf einer Pressekonferenz in Berlin ein Positionspapier „Häusliche Gewalt“ vor. Darin werden Übergriffe im häuslichen Umfeld angeprangert sowie eine stärkere gesellschaftliche Ächtung und rechtliche Bekämpfung dieses Alltagsphänomens gefordert. Schon seit vielen Jahren ist die Bekämpfung häuslicher Gewalt ein fester Bestandteil der in der GdP organisierten Polizistinnen. Auch aufgrund ihrer Bemühungen hat der Gesetzgeber 2002 das Gewaltschutzgesetz auf den Weg gebracht ...

Seite 12

- 2 **KOMMENTAR** Kein Freiwild
- 2 **FORUM**
- 4 **TITEL/TERRORISMUS** Neues Jahr – Alte Bedrohungen
Dжихadterroristische Hotspots 2014
- 11 **MEDIEN** Besuch beim Indendanten
des ARD-Senders Radio Bremen
- 12 **HÄUSLICHE GEWALT** Frauen von häuslicher Gewalt
mehr bedroht als durch andere Delikte
- 16 „Viele häusliche Gewaltopfer wissen gar nicht,
wo sie sich auch ohne Anzeige hinwenden können“
- 18 **FRAUENGRUPPE** DGB-Bundesfrauenkonferenz
diskutiert Chancengleichheit
- 20 **BUNDESKONGRESS-TICKER +++** „LEBEN in Sicherheit“
- 20 **GESPRÄCHE** GdP und CDU erörtern
NSU-Konsequenzen
- 21 **BEAMTE** Ausgleich für Dienst zu wechselnden Zeiten
neu geregelt
- 22 **DEBATTE** Aus der Selee geschrieben
- 25 **INNENMINISTERKONFERENZ** GdP begrüßt zusätzlichen
Schutz der Polizei vor Gewalt
- 27 **SICHERHEIT** Reiche und Mächtige auf Reisen –
dankbare Beute für Karten-Jäger
- 33 **MOTORRAD-TREFFEN** Polizeibiker mit Spaß und Spende
- 34 **BILDUNG** Verantwortung übernehmen –
Seminar für Führungskräfte
- 35 **GESUNDHEIT** „Achtsamkeit“ oder „Die Kraft
des Augenblicks“
- 39 **JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



Kein Freiwild

Schon seit Jahren fordert die GdP von der Politik einen stärkeren Rückhalt für die Arbeit der Polizei. Nun merken auch die Innenminister, dass weitere Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten notwendig sind, um die steigende Gewalt gegen die Polizei zu bekämpfen. Im Jahr 2012 wurden bundesweit über 32.000 Fälle mit mehr als 60.000 Polizeivollzugsbeamten als Opfer erfasst. Das sind Steigerungsraten von fünf beziehungsweise zehn Prozent. Dabei handelt es sich zumeist um Wider-



stand gegen Vollstreckungsbeamte, aber auch um schwere Körperverletzungsdelikte. Es ist dringend geboten, sowohl die Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, als auch die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den bereits erhöhten Strafrahmen für Angriffe auf Vollstreckungsbeamte so zu verändern, dass auch die unvermittelte Attacke im allgemeinen Polizeidienst strafbar werde. Aber das allein wird nicht reichen. Die zunehmenden Angriffe auf Polizeibeamte sind nicht zuletzt ein Ausdruck zunehmender Staatsferne und der Ignoranz von Recht und Gesetz. Der Autoritätsverlust der Polizei wird tagtäglich begünstigt durch ein Verhalten gegenüber zum Einsatz gerufenen oder einschreitenden Polizeibeamten, von dem in dieser Ausgabe ausführlich die Rede sein wird. Was unsere Kolleginnen und Kollegen schon unterhalb tätlicher Angriffe im täglichen Dienst erleben, sprengt alle Vorstellungen. Besonders betroffen sind unsere Kolleginnen. Was sie in Zeiten von Gender und Gleichstellung an

Diskriminierungen, Demütigungen und Beleidigungen bei der Ausübung ihres Polizeidienstes einstecken müssen, ist ein Skandal. Viele Gruppen unserer Gesellschaft – unabhängig von sozialem Status und Herkunft – sehen in der Polizei ein Feindbild und begegnen ihr mit Missachtung bis hin zu unverhohlener Aggressivität, die oftmals auch in Gewalt umschlägt.

In der November-Ausgabe hat DEUTSCHE POLIZEI den Brief einer Bochumer Kollegin, die selbst ausländische Wurzeln hat, abgedruckt. Sie schildert in deutlichen Worten oft schmerzliche Erfahrungen zum Beispiel mit Zuwanderern. Der Bericht dieser Kollegin löste ein überwältigendes Echo aus. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen schilderten aus eigenem Erleben, wie ihnen das „polizeiliche Gegenüber“ im Einsatz begegnet. Viele loben die Kollegin, weil sonst „... keiner den Mut hat, so etwas zu sagen oder die Zustände zu beklagen“. Die Angst, bei diesem Thema „sofort in die rechte Ecke gestellt zu werden“, ist spürbar. Erschütternd ist, dass nach den Berichten auch Vorgesetzte dazu raten, Anzeigen wegen Beleidigung, Widerstand oder Körperverletzung gegen Täter ausländischer Herkunft zu unterlassen, „... weil das nur Ärger bringt“. Ärger hin oder her. Verschweigen vergrößert Missstände, statt sie zu beseitigen.

Die Gewerkschaft der Polizei ist auch eine Schutzorganisation für ihre Mitglieder. Sie wird einer öffentlichen Diskussion auch über heikle oder sogenannte politisch nicht korrekte Themen nicht ausweichen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind kein Freiwild und am allerwenigsten ist es dem Ziel einer Integration von Zuwanderern in unseren Staat und unserer Gesellschaft dienlich, Fehlentwicklungen zu verschweigen.

Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: „Nein zu Gewalt an Frauen“, DP 12/13

Mit großem Interesse habe ich den Artikel über häusliche Gewalt gelesen. Als ehemaliger Kollege, seit dreieinhalb Jahren bin ich im Ruhestand, war ich in meinem Berufsleben am Rande auch mit häuslicher Gewalt konfrontiert. Seit mehr als 15 Jahren arbeite ich ehrenamtlich für den WEISSEN RING und habe auch hier immer wieder mit Fällen häuslicher Gewalt zu tun, betreute mit meinen Mitarbeiterinnen in unserem Landkreis bedauernswerte Opfer von schlagenden Ehemännern und Lebenspartnern. Der Artikel zeigt die Problematik von häuslicher Gewalt und den damit einhergehenden Aufgaben für die Polizei hervorragend auf. Eine nach meiner Meinung gelungene Publikation mit vielen Daten und Fakten. Gut gemacht, Respekt allen Mitwirkenden.

Helmut Will,
WEISSER RING Außenstellenleiter
Landkreis Haßberge
stellv. Landesvorsitzender
Bayern-Nord



Mit großem Interesse habe ich das Positionspapier des Bundesfrauenvorstandes gelesen. Grundsätzlich ist es richtig und gut. Allerdings ist es für meinen Geschmack etwas zu einseitig. Das Informationsmaterial, das den Polizeidienststellen zur Aushändigung an Betroffene zur Verfügung gestellt wird, ist umfassend. Allerdings auch etwas zu einseitig. Wenn wir von Gewalt in der Beziehung reden, reden wir automatisch von Gewalt gegen Frauen. Das ist falsch. Eine Studie des Robert-Koch-Instituts (Herbst 2008 bis Herbst 2011) ergab ein erschreckendes Bild. Danach sind Männer häufiger Opfer von körperlicher und psychischer Gewalt, als gemeinhin angenommen. Spiegel Online/Panorama schreibt dazu in einem Artikel vom 28. Mai 2013, dass Frauen sogar häufiger gegenüber ihrem Partner gewalttätig werden, als Männer.

Die Anzahl der angezeigten Einzelfälle ist jedoch sehr niedrig. Die Ursachen dafür sind aber relativ leicht zu erklären. Die Scham der Männer, sich zu offenbaren, ist größer als die Scham der Frau. Der Mann als Opfer passt nicht in das gesellschaftliche „Männerbild“. Männer als Opfer sind ein Tabuthema.



Das spiegelt sich leider in allen Bereichen wider. Im Positionspapier ist mir etwas zu häufig die Rede von Gewalt gegen Frauen, nicht von Gewalt in der Beziehung. Auch Gewalt, sei es psychisch oder körperlich, gegen Männer und Kinder ist eine Menschenrechtsverletzung. Sicher sind oft die Auswirkungen einer Gewaltbeziehung bei einem Mann äußerlich nicht so sichtbar, aber die psychologischen Auswirkungen sind ebenso fatal. Leider ist auch das Informationsmaterial auf den Dienststellen zu wenig auf solche Fälle ausgelegt. Ich kann einem weiblichen Opfer sofort Adressen und Telefonnummern geben, an die sie sich hilfeschend wenden kann. Einem männlichen Täter kann ich ebenfalls sofort Adressen und Telefonnummern geben, an die er sich wenden kann. Aber einem männlichen Opfer kann ich ohne eigene längere Internetrecherche keine Anlaufstelle nennen. Ich denke, jeder braucht Schutz und hier ist noch viel Arbeit zu leisten.

Bernd Homann, per E-Mail



Nein zu Gewalt an Frauen, für mich der schlechteste Titel, den man sich denken kann. Richtig wäre „Nein zu Gewalt“. In meinem Polizeileben habe ich sowohl Gewalt gegen Frauen wie auch gegen Männer, vor allem aber oft auch Gewalt gegen Kinder gesehen. Das dumme Reduzieren auf das Emanzipationsthema Frau (ich kann's nicht mehr hören) finde ich nicht gut.

Werner Schuhmann, per E-Mail

Zu: „Soziale Medien – Muss sich die Polizei neu ausrichten?“, DP 11/13

Die Überschrift „Soziale Medien – Muss sich die Polizei neu ausrichten?“ wurde leider nur teilweise beleuchtet. Die Frage nach einer möglichen Strafverfolgung im Internet ist selbstverständlich eine zentrale Frage, der sich die Polizei stellen muss, und zu der Lösungsansätze gefunden werden müssen. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist jedoch, wie sich die Polizei das Web 2.0 zunutze machen kann. Heutzutage

kann jeder Neuigkeiten über Facebook, Twitter und Co. weiterverbreiten, weshalb gerade medienwirksame Einsätze der Polizei sofort, für jeden lesbar, auf derartigen Plattformen auftauchen. Doch die Diskussionen zu solchen Einsätzen, beispielsweise zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Polizei beim Spiel Schalke 04 - PAOK Saloniki, finden statt, ohne dass die Polizei Stellung dazu im Internet bezieht.

Dabei könnte es von großem Nutzen bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit und der so viel proklamierten Transparenz sein, auch und besonders zum Schutz von beteiligten Kollegen, wenn es schnell offizielle Mitteilungen der Polizei gäbe, in denen klar unser Standpunkt und die Gründe für das entsprechende Handeln bekanntgegeben werden. Ansonsten sind sowohl die Organisation Polizei an sich, als auch die betroffenen Kollegen regelmäßig sogenannten Shitstorms im Internet ausgesetzt. Diese könnten natürlich auch nicht verhindert werden, aber die Chance einer gewissen Eindämmung würde dadurch vielleicht gegeben sein.

Selbst die Politik hat inzwischen erkannt, dass es unumgänglich ist, sich die schon längst nicht mehr so „neuen“ Medien zunutze zu machen. So ist es beileibe kein Einzelfall mehr, wenn aus Kabinettsitzungen, sei es Land- oder Bundestag, live getwittert wird.

Auch für uns gilt es, schleunigst Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, wie wir eine anständige Öffentlichkeitsarbeit über diese Medien gestalten können. Facebook und Twitter sind nicht die Zukunft, sie sind längst die Gegenwart!

Christoph Ost, per E-Mail

Zu: Leserbrief zur Rockerkriminalität des Kollegen Lutz Merkel, DP 6/13

In Ländern außerhalb Deutschlands sollen/müssen Motorradfahrer mit gelben Westen herumfahren. Mit einer Tragepflicht hierzulande soll ihre Erkennbarkeit gesteigert werden, da durch das Tagfahrlicht der Autofahrer in letzter Zeit immer mehr Motorradunfälle passieren. Gleichzeitig soll die Tragepflicht die Kuttenträger von „großen“ Clubs einschränken, da es ja eine Verpflichtung wäre. Wer von

diesen Vereinsmitgliedern hält sich aber an bestehende Verordnungen und Gesetze? Ich bin seit 1981 Kradfahrer, kaum zehn Jahre später kam die Einführung des Tagfahrlichts für Motorräder. Hintergrund war das Bestreben, die Unfallzahlen zu senken. Dies ist meiner Kenntnis nach nur sporadisch gelungen. Dann kam die Erkennbarkeit: Teilweise wurde Tagfahrlicht für Autofahrer eingeführt. Hier sind mittlerweile diese Lichter bei Neuzulassungen Pflicht geworden. Als Kradfahrer stelle ich immer mehr fest, dass meine Erkennbarkeit im Straßenverkehr stark abgenommen hat. Das Fahrlicht meines Motorrades wird durch entgegenkommende Autofahrer immer weniger richtig wahrgenommen! Immer häufiger kommt es zu Gewaltbremsungen. Gelbe/orangefarbene Warnwesten sind in weiten Teilen Europas Pflicht. Welch bunte Welt würde uns erwarten, wenn alle Kradfahrer dem Gleichtun? Wir hätten bald den gleichen Status wie beim Tagfahrlicht. Wer würde der Gewinner sein? Vermutlich Lobbyisten und die Hersteller. Im Straßenverkehr ist es immer bunter geworden, dies sollte nicht verschlimmbessert werden. Warum sollten Rollerfahrer von einer eventuellen Regelung ausgenommen werden? Diese Idee erschließt sich mir nicht! Wären die 500 Kubikzentimeter beim Motorrad die Grenze, beim Roller mit 50 oder mehr PS aber nicht? Welche Sinnhaftigkeit sollte in einer solchen Verordnung liegen?

Andreas Rundt, Ratzeburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Neues Jahr – Alte Bedrohungen – Dihadterroristische Hotspots 2014

Von Berndt Georg Thamm

Von den Olympischen Winterspielen in Russland im Februar bis zum Abzug der ISAF-Schutztruppen aus Afghanistan im Dezember – die terroristischen Hotspots islamistischer Glaubenskämpfer werden sich wie ein globaler roter Faden auch durch das Jahr 2014 ziehen. Auf die daraus erwachsenen Bedrohungen und Gefahren wird die neue Bundesregierung sicherheitspolitisch reagieren müssen.

Im Nahen Osten fing mit dem „Arabischen Frühling“ Anfang 2011 ein bis heute andauernder Aufstand gegen jahrzehntelange Unterdrückung mächtiger Despoten in der muslimischen Welt an. Der damit verbundene Transformationsprozess scheint Machtzentren und Grenzen zu verschieben – ist ob dieser Größenordnung vielleicht mit dem Zerfall des letzten islamischen Großreiches, dem der Osmanen, zum Ende des Ersten Weltkrieges vor fast 100 Jahren vergleichbar. Ob diese Entwicklung mit

der vom Westen erwartet-erhofften Demokratisierung in dieser Region einhergeht, ist fraglich. Nach militärischen Interventionen im Irak, Afghanistan und in Libyen nehmen Aversionen gegen westliche Einflussnahmen eher zu als ab. Eine Zunahme des Profitierens der durch die „Arabellion“ ausgelösten Instabilität ist hingegen bei muslimischen Extremisten, allen voran den Dihadisten der al-Qaida-Bewegung zu beobachten – vom Mittleren über den Nahen Osten bis ins subsaharische Afrika. Die nachstehende Übersicht der

dihadterroristischen Hotspots skizziert die Bedrohungslage.

Hotspot Nordkaukasus: Terrordrohung gegen Olympische Spiele

Am Fuße des Kaukasus, unweit der Grenze zu Georgien (Abchasien), liegt am Nordostufer des Schwarzen Meeres der Kur- und Erholungsort Sotschi. Hier werden ab 7. Februar 2014 die Olympischen Winterspiele ausgetragen. Russlands Innenministerium verspricht sichere Wettkämpfe. Schon im Mai 2012 deckte der Inlandsgeheimdienst FSB Pläne für Anschläge auf die wohl teuersten Spiele (bis zu 50 Milliarden Euro) in der Geschichte der Olympischen Bewegung auf. Für die Terrorplanung wurde der islamistische Rebellenführer Doku Umarow verantwortlich gemacht. Der schon öfter totgesagte „russische Bin Laden“ ist seit Juni 2006 Untergrundpräsident der tschetschenischen Republik Itscherkerija und seit Oktober 2007 Emir des von ihm proklamierten Kaukasischen Emirats. Seinen Dihad führt er gegen die russischen „Ungläubigen“. Vor fast 150 Jahren hielten die Truppen des Zaren bei Sotschi ihre Siegesparade ab, nachdem sie die dortigen Tscherkessen vertrieben hatten. „Sie wollen die Olympischen Spiele auf den Knochen unserer Vorfahren austragen, auf den Knochen so vieler Muslime, die auf unserem Boden entlang des Schwarzen Meeres vernichtet und verbrannt wurden“, so die Anspielung des Dihadisten Umarow. Anfang Juni 2013 rief er in einem Drohvideo die Muslime Russlands zu Anschlägen auf, „mit allen Mitteln, die Allah erlaubt“. Seine Anschlagsaufforderung stieß auf offene Ohren. So zündete eine aus Dagestan stammende „Schwarze Witwe“ am 21. Oktober ihren Sprengsatz in einem Bus in Wolgograd, der mindestens 5 Menschen tötete und über 20 verletzte. Vor den genannten Hintergründen



Großflächige Zerstörung: Menschen in syrischen Bürgerkriegsgebieten versuchen das ihnen verbliebene Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Foto: AP Photo/Jaber al-Helo/dpa



werden sich die Sportler und Besucher der Winterspiele im russischen Sotschi auf schärfste Sicherheitsvorkehrungen einrichten müssen.

Wie verletzlich Sport-Großveranstaltungen sein können, machten zwei junge Männer mit familiären Wurzeln im Nordkaukasus in den USA deutlich. Am 15. April 2013 nahmen am Marathonlauf in Boston – die traditionsreiche Veranstaltung wird dort seit 1897 ausgetragen – mehr als 20.000 Läufer teil, hunderttausende Zuschauer säumten die Straßen. Gegen 14.50 Uhr (Ortszeit) detonierten nahe der Ziellinie zwei in Sporttaschen versteckte Sprengsätze. Die Explosionen töteten 3 Menschen und verletzten über 260, viele davon schwer. In der Folge zog die Polizei mehr als 1.000 Ermittler aus 30 Bundesstaaten zur Spurenauswertung zusammen. Als Bombenleger wurden die tschetschenischen Brüder Dschochar (19) und Tamerlan (26) Zarnajew ausgemacht. Einst waren sie mit ihren Familien vor dem Krieg in Tschetschenien nach Zentralasien geflüchtet, 2001 nach Dagestan gezogen und ein Jahr später in die USA eingewandert – „um den Söhnen eine bessere Zukunft zu geben“, so der Vater. Aus den Einwandererkindern wurden Musterschüler und begeisterte Sportler, aus diesen dann „home-grown“-Terroristen. Vier Tage nach dem Attentat wurden die Brüder gestellt. Bei ihrer Verfolgung, die einen Polizisten das Leben kostete, wurde der Ältere getötet, der Jüngere überlebte schwerverletzt. Nach seinen Aussagen waren die US-Militäreinsätze im Irak und Afghanistan das Motiv für den Anschlag. Die Bauanleitung für ihre Bomben (mit Nägeln, Schrotkugeln und Kugellagern gefüllte Schnellkochtöpfe) hatten sich die Brüder aus dem Internet (in einem al-Qaida-Online-Magazin) besorgt. Ursprünglich war der Anschlag für den 4. Juli, dem amerikanischen Nationalfeiertag, geplant, der in Boston mit einer großen Parade begangen wird. Da die Bombenherstellung schon früher abgeschlossen worden war, platzierte man die Sprengsätze bereits am 15. April auf der Zielgeraden des Marathon-Wettbewerbes an diesem Tage. Die Brüder Zarnajew mordeten im Namen des Islam, so wie die Glaubenskämpfer im Nordkaukasus. Deren militante Untergrundbewegung hat von Tschetschenien ausgehend mittlerweile auch Inguschetien, Dagestan, Kabardino-Balkarien, Nordossetien, Karatschajewo-Tscherkessien und

selbst die Region Stawropol erreicht. Die Sicherheit im Kaukasus ist instabil geworden.

Hotspot Hindukusch: ISAF-Abzug und Drohungen der Taliban

Der Zusammenschluss von rund 30 Gruppen pakistanischer Taliban in der 2007 gegründeten Dachorganisation „Tehrik-e-Taliban Pakistan“ (TTP) war zugleich der Beginn ihrer Bekämpfung des Staates Pakistan, die in der Folge allein 40.000 Zivilisten das Leben kostete. Ein für

bei-
de Sei-
ten ver-
lustreiches
halbes Jahr-
zehnt später er-
klärte sich Hakimul-

Hotspot Naher Osten und die Länder dieser Region.

Grafik: Rember Stolzenfeld

lah Mehsud, der die TTP seit August 2009 führte, zu Friedensgesprächen bereit. Kurz bevor er die Verhandlungen mit der Regierung in Islamabad aufnehmen konnte, wurde er am 1. November 2013 beim Angriff einer US-Drohne getötet. „Jeder Tropfen von Hakimullahs Blut wird sich in ei-



nen Selbstmordbomber verwandeln“, drohte danach ein Taliban-Sprecher. Eine Woche später wählte der Oberste Rat der TTP mit Mullah Qari Fazlullah einen radikalen Hassprediger zum neuen Führer des Dachverbandes. Der Fanatiker, er soll den Anschlag auf die damals 15-jährige Kinderaktivistin Malala befohlen haben, schwor Vergeltung für den Tod seines Vorgängers. Fazlullah hielt sich längere Zeit in Afghanistan versteckt.

Dort laufen nach 13 Jahren Einsatz die Schutzaufgaben der International Security Assistance Force (ISAF) Ende 2014 aus. Zuvor einigten sich die Regierungen in Kabul und in den USA auf ein bilaterales Sicherheitsabkommen, das die Kooperation der beiden Staaten nach dem Abzug der Kampftruppen regelt. Danach sollen noch mindestens bis 2024 Tausende US-Soldaten in Afghanistan bleiben. Das Abkommen ist außerdem Grundlage für eine NATO-Folgemission. Es dient als Vorlage für

teren Stationierung der ausländischen Truppen erhofft sich die Karsai-Regierung, die das Abkommen noch unterzeichnen muss, Rückhalt im Konflikt mit den aufständischen Taliban. Diese verlangen jedoch den völligen Abzug sämtlicher ausländischer Soldaten – für sie die Basis jeder Friedensvereinbarung mit Kabul. Kommt aber das umstrittene Sicherheitsabkommen zustande, muss sich das Land wohl auf weitere zehn Jahre Krieg einstellen.

Hotspot Nahost: Al-Qaida – Profiteur der Arabellion

Welche Folgen ein Abzug haben kann, zeigt bis heute das Beispiel Irak, dessen Regierung seinerzeit den US-Soldaten keine Straffreiheit zusichern wollte. Zur Bilanz des im März 2003 begonnenen Golfkrieges, dessen Gesamtkosten der Nobelpreisträger Josef Stieglitz später auf insgesamt 1,8 bis

Irak abgezogen hatte, wurde das Land durch eine Welle gezielter Morde, Entführungen und Überfälle erschüttert – nicht selten von AQI-Kämpfern begangen. Diese nannten sich nun „Islamischer Staat im Irak“ (ISI) und trugen zur Verschlechterung der ohnehin schon problematischen Sicherheitslage im Irak bei. Nach Angaben der UN-Mission im Irak (UNAMI) wurden hier im Jahr 2012 rund 4.500 Menschen Opfer politischer Gewalt. Im Jahr zuvor war Iraks Nachbarstaat Syrien von der Protestwelle in der arabischen Welt, der Arabellion erfasst worden.

Ein knappes Jahr später rief am 11. Februar 2012 Osama Bin Ladens Nachfolger Aiman al-Zawahiri die Muslime im Irak, in Jordanien, im Libanon und in der Türkei auf, gegen das Assad-Regime zu kämpfen. Mit Syrien hätte die Qaida-Bewegung, nach „verunglückten Einsätzen“ in Libyen und Mali, eine neue Operationsbasis – mit Zugang zum Mittelmeer und ganz in der Nähe Israels. Syrien könne damit, so al-Zawahiri, zum „Sprungbrett zur Eroberung Jerusalems“ werden. Eben zu jener Zeit beteiligten sich die Dihadisten des ISI erkennbar am Bürgerkrieg in Syrien, wurden nun zu Kämpfern des „Islamischen Staates im Irak und Syrien“ (ISIS).

Im April 2013 schlossen sich die Qaida-Verbände zum „Islamischen Staat im Irak und der Levante“ (ISIL) zusammen. Al-Zawahiri hatte Anfang des Monats in einer von islamistischen Websites verbreiteten Audio-Botschaft die Aufständischen in Syrien zur Schaffung eines Islamischen Staates aufgerufen: „Führt euren Kampf im Namen Allahs und mit dem Ziel der Schaffung von Allahs Scharia als herrschendes System.“ Im Norden Syriens, an der Grenze zur Türkei, wurde der Bürgerkrieg nun zur Blaupause eines Dihad, der zum Ziel die Errichtung eines Gottesstaates hatte – und hat.

Hotspot Syrien: Bürgerkrieg als Dihad-Blaupause

Die Bevölkerung Syriens ist ethnisch, sprachlich und religiös vielschichtig. Araber stellen mit 90 Prozent die absolute Mehrheit. Zweitgrößte Gruppe sind mit sechs Prozent die Kurden. Zu den Minderheiten gehören Armenier, Assyrer, Griechen, Turkmenen und Roma. Von den rund 18 Millionen Syrern sind 87 Prozent Muslime, 10 Prozent Christen und 3 Prozent Dru-



Abmarsch: Ein Eagle IV des Konvois der Bundeswehr aus Kundus fährt am 19.10.2013 in das Camp Marmal bei Masar-i-Sharif ein. Zehn Jahre nach Beginn des Bundeswehr-Einsatzes in Kundus haben die letzten deutschen Soldaten die nordafghanische Unruheprovinz verlassen.
Foto: Bundeswehr/dpa

andere NATO-Staaten. So will auch Deutschland bis zu 800 Soldaten am Hindukusch ab 2015 belassen. Das Abkommen ist umstritten, garantiert es doch ausländischen Soldaten strafrechtliche Immunität und erlaubt ihnen die Durchsuchung von Wohnhäusern, wenn sie ihr Leben bedroht sehen. Darüber berieten rund 3.000 Stammesälteste, Geistliche und Politiker vier Tage auf einer Großen Ratsversammlung (Loja Dschirga) in Kabul. „Wir brauchen das Abkommen. Aber ich vertraue den westlichen Staaten nicht, und sie vertrauen mir nicht“, erklärte Präsident Karsai den Delegierten, die dem Abkommen trotz Bedenken am 24. November zustimmten. Von der wei-

2,7 Billionen Dollar schätzte, gehörte ein hoher Blutzoll. Allein über 106.000 irakische Zivilisten waren bis August 2010, in diesem Monat hatten die USA alle Kampftruppen zurückbeordert, umgekommen. Die überwältigende Mehrheit davon wurde Opfer schiitischer und sunnitischer Todesmilizen oder starb durch über 2.000 Terroranschläge islamistischer Extremisten und Dihad-Terroristen, wie denen der von Abu Mussab al-Sarkawi (1966-2006) schon 2003 begründeten „Basis des Heiligen Krieges im Land der zwei Ströme“ (al-Qaida al-Dihad fi Bilad al-Rafidain), kurz „al-Qaida im Irak“ (AQI). Als Mitte August 2010 die USA alle Kampftruppen aus dem



sen. Unter den Muslimen stellen die Sunniten mit 74 Prozent die Mehrheit. Zur Minderheit gehören Ismaeliten, Schiiten und Alawiten. Letztere sind einst in der Türkei aus dem schiitischen Islam hervorgegangen. Seit Jahrzehnten gehört die Mehrheit der politischen Machthaber Syriens der muslimischen Minderheit der Alawiten an. Im November 1970 hatte der damalige Verteidigungsminister, der Alawit Hafiz al-Assad, durch einen Putsch die Macht übernommen. In dreißig Jahren etablierte er ein autoritäres Präsidialsystem. Als Vater von fünf Kindern wusste er dessen Fortbestand sicher in den Händen der Familie. Im Juli 2000 übernahm Baschar al-Assad einen monolithischen Polizeistaat, dessen Sicherheitsapparat mit brutaler Härte gegenüber Opposition und Zivilbevölkerung die Macht des Regimes sicherte. Kein Wunder, dass nach über 40 Jahren der Unterdrückung der Arabische Frühling im Frühjahr 2011 in Syrien ausbrechen musste.

Der Widerstand gegen das Assad-Regime führte wenige Monate später am 29. Juli zur Gründung einer unabhängigen Bürgermiliz, der Freien Syrischen Armee (FSA), die am 22. September 2012 ihr Hauptquartier von der Türkei nach Syrien verlegte. Im Sommer jenen Jahres war das Assad-Regime militärisch zunehmend in Bedrängnis geraten, konnte sich aber mit Hilfe libanesischer Hizbollah-Milizionäre (2.000 Kämpfer) und Unterstützung regimetreuer alawitischer Milizionäre (10.000), diese „Shabiha“ übernahmen lokale Überwachungs- und Sicherungsaufgaben, sowie fortgesetzter Waffenlieferungen durch den Iran und Russland stabilisieren.

Die oppositionellen Kräfte der FSA, der Islamisten, Kurden und anderer schlossen sich am 11. November 2012 in Doha (Katar) zu einem neuen Dachverband, der Syrischen Nationalen Koalition (SNK) zusammen. Kein Jahr später war dieser politische Verband der „oppositionellen und revolutionären Kräfte“ schon umstritten.

Im August/September 2013 gaben die kurdische Demokratische Unionspartei (PYD), der Oberste Militärat der FSA und nicht zuletzt 13 bis 14 radikale islamistische Gruppen ihre Ablehnung der SNK als „konspiratives und illegitimes Projekt“ bekannt. Letztere sollen sich danach zu einer „Islamischen Allianz“ vereint haben und wollen ihre Kämpfer später zu einer „Islamischen Armee“ zusam-

menführen. In dem fast dreijährigen Bürgerkrieg wurden bisher mehr als 100.000 Menschen getötet, auch durch den Einsatz von C-Waffen. Bis zu fünf Millionen Syrer, vielleicht mehr, sind im eigenen Land auf der Flucht, mehr als zwei Millionen sind in die Nachbarländer geflüchtet. Wer kämpft nun heute in Syrien gegen wen? Und wer

al-Nusra) des syrischen Volkes, die von Mitgliedern der al-Qaida im Irak gegründet wurde und im Januar 2012 erstmals in Erscheinung trat. Ihr Ziel ist die Errichtung eines Islamischen Staates in Syrien nach salafistischem Regelwerk, weitergehend eines Kalifats in der Levante. Die al-Nusra-Front will nicht-salafistische (sowohl alawitische



Tränengas-Wolken in Ägyptens Hauptstadt Kairo. Anhänger der Muslim-Bruderschaft liefern sich Straßenschlachten mit ägyptischen Sicherheitskräften.

Foto: EPA/OSAMA ELSAYD/dpa

ist mit wem verbündet? Gibt es bei hunderten von Widerstandsgruppen überhaupt noch klare Fronten?

Noch ist dieser Krieg kein Glaubenskrieg, auch wenn islamistische Sunniten gegen das alawitische Regime und salafistische Dihadisten gegen Kämpfer der schiitischen Partei Gottes (Hizbollah) antreten. Weder führen Muslime, Christen und Drusen einen Konfessionskrieg um wahre religiöse Identitäten, noch sind Araber, Kurden und kleinere Völker in multiethnische Kämpfe verstrickt. Bis heute ist der Bürgerkrieg im syrischen Nationalstaat immer noch ein Krieg zwischen dem Assad-Regime und denen, die von diesem Machthaber unterdrückt wurden – noch! Als dritte Partei im Bürgerkrieg treten zunehmend jedoch Kräfte auf, die Syrien „im Namen Gottes“ verteidigen – die einen defensiven, einen Verteidigungsdjihad mit dem Ziel führen, auf syrischem Boden einen Gottesstaat zu errichten.

Dieses Ziel verfolgt insbesondere eine „Unterstützerfront“ (Dschabhat

als auch christliche) Minderheiten in Syrien vertreiben, zählt Israel und die USA (diese setzten die Nusra-Front im Dezember 2012 auf die Terrorliste) zu den „Feinden des Islam“. Die Anzahl ihrer vornehmlich aus Syrien stammenden Kämpfer wird auf 7.000 bis 15.000 geschätzt. Mit dem „weißen Minarett“ (al-Manara al-Baida) verfügt die Nusra-Front über ein eigenes Mediennez.

Die „Syrische Islamische Befreiungsfront“ ist eine Koalition von bis zu 30 islamistischen Rebellen-Brigaden, die im September 2012 begründet wurde. Ihr werden 35.000 bis 40.000 Kämpfer zugeordnet. Zur Koalition gehören beispielsweise die schon 2011 gegründete salafistische Rebellengruppe „Liwa al-Islam“ (Banner des Islam), deren 9.000 bis 10.000 Kämpfer vornehmlich im Großraum Damaskus operieren und die „Liwa al-Tawhid“ (Banner der Einheit Gottes) mit 3.500 oder mehr Kämpfern. Temporär koalitiert die „Syrian Islamic Liberation Front“ mit der FSA.

Die „Syrische Islamische Front“ ist eine Dachorganisation von 13 djihadistisch-salafistischen Rebellengruppen,



die im Dezember 2012 begründet wurde. Wichtigste Gruppe ist hier die „Ahrar al-Scham“, deren Mitglieder 2011 erstmals in Erscheinung traten. Diese „Islamische Bewegung der freien Männer Syriens“ hat zwischen 10.000 und 20.000 Kämpfer. Zusammen mit anderen bewaffneten islamistischen Gruppen war die al-Scham im August 2013 an Massakern in regierungstreuen Alawiten-Dörfern beteiligt. Temporär koalitiert die „Syrian Islamic Front“ mit Qaida-Verbänden.

Diese schlossen sich im Frühjahr 2013 zum „Islamischen Staat im Irak und der Levante“ (ISIL) zusammen. Ihre 5.000 bis 8.500 Kämpfer sind zu zwei Dritteln keine Syrer, stammen aus dem Ausland. Sie kämpfen am kompromisslosesten für eine islamisch-salafistische Theokratie mit einem ISIL-Emir an der Spitze, die im Norden des Landes an der 900 Kilometer langen Landgrenze zur Türkei errichtet werden soll. Für die ISIL ist der Kampf gegen das Assad-Regime ein „Heiliger Krieg“. Mittlerweile laufen selbst Kämpfer der FSA, denen ihr säkularer Dachverband von über 40 Gruppen mit insgesamt 80.000 oder mehr Mann „zu moderat“ ist, aber auch Kämpfer der Nusra-Front zu den ISIL-Dжихадisten über.

Wie stark die Qaida in der Region geworden ist, hat sie nicht zuletzt durch spektakuläre Aktionen bewiesen. Die „Befreiung der Brüder, die vom Feind gefangen gehalten werden“, war als eigene Mission schon im al-Qaida-Handbuch „Militärische Studien des Dжихад im Kampf gegen die Tyrannen“ festgeschrieben worden. Eben dieses Ziel kündigte die AQI an und setzte es im Juli 2013 in der Offensive „Zerstörung der Mauern“ auch um. Durch zeitgleiche Angriffe auf zwei Haftanstalten wurden mehr als 500 Inhaftierte, darunter viele Mitglieder der irakischen Qaida befreit. Zu organisierten Gefängnisausbrüchen kam es darüber hinaus auch in Pakistan und in Libyen. Insgesamt konnten Qaida-Aktivistinnen durch diese „breaking-the-walls“-Operationen im Nahen und Mittleren Osten fast 1.750 Häftlinge befreien. Kein Wunder, dass ihr Dжихад gegen Baschar al-Assad zunehmend auch „universal islamistic soldiers“ motivierte, nach Syrien zu kommen – eben „Gotteskrieger“, die schon auf vielen Schlachtfeldern des Dжихад (Hindukusch, Nordkaukasus, Golfregion, Maghreb, subsaharisches Afrika) ihre Kampferfahrungen gesam-

melt hatten. Neben diesen meist arabischen und tschetschenischen „Wander-Dжихадisten“ zog es auch neue internationale „Dжихад-Rekruten“ nach Syrien, die vornehmlich aus Europa kamen. Lag deren Anzahl Ende 2012 noch bei 250, war sie bis Mitte Oktober 2013 schon auf mehr als 800 gestiegen. Sie stammten in erster Linie aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Schweden und Dänemark – so Gilles de Kerchove, Antiterrorbeauftragter der EU. Insgesamt, so Schätzungen von Beobachtern, sollen sich bisher zwischen 4.000 und 5.000 Ausländer den Dжихадisten in Syrien angeschlossen haben. Für die Qaida-Bewegung hatte die Arabellion aber nicht nur dort neue Möglichkeiten geschaffen. Auch in Libyen hatten Dжихадisten „Unterkunft“ gefunden und in Ägypten wurde der Norden des Sinai zum neuen dжихadterroristischen Hotspot.

Hotspot Sinai/Ägypten: Brandherd islamistischer Militanz

Im Norden dieser Wüstenhalbinsel liegt das Mittelmeer, im Osten der Golf von Aqaba, im Westen der Golf von Suez. Die einzige Landverbindung zwischen Asien und Afrika ist sowohl für Ägypten als auch für Israel von herausragender sicherheitspolitischer Relevanz. Vor diesem Hintergrund einigten sich (nach dem Camp-David-Abkommen 1978) beide Staaten 1979 in ihrem Friedensabkommen darauf, große Teile des Sinai entmilitarisiert zu lassen. In den 1990er-Jahren entdeckten Europäer den Süden des Sinai als „Paradies für Badeurlauber und Wassersportler“. Hunderte von Hotels wurden für die Touristen gebaut.

Der Norden des Sinai partizipierte an diesem wirtschaftlichen Aufschwung nicht, dafür aber an einer Schattenwirtschaft, die ab 2005 begann. In jenem Jahr zog sich die israelische Armee aus dem Gazastreifen zurück, wo in der Folge die Hamas die Macht übernahm. Diese einst aus der ägyptischen Muslimbruderschaft erwachsene islamische Widerstandsbewegung wurde vom Iran mit Waffen unterstützt, die über den Sudan und den Sinai durch Tunnel nach Gaza geschmuggelt wurden. Als Israel 2007 eine Blockade über Gaza verhängte, übernahmen Schmuggeltunnel die Versorgung des nun abgeriegelten Landstreifens mit seinen 1,6 Millio-

nen Menschen. Rund 400 Tunnel verbanden unter der von Israel errichteten Grenzmauer hindurch allein das ägyptische mit dem palästinensischen Rafah. Zum Umfang dieses Schmuggels eine Schätzung der International Crisis Group für 2011. Danach sollen in jenem Jahr Güter im Wert von 500 bis 700 Millionen Dollar die Tunnel passiert haben. Um die 13.000 Autos gelangten auf diesem Wege nach Gaza. Auf die importierten Waren erhob die Hamas in der Regel 14,5 Prozent Steuern und verlangte zudem von den Tunnelbetreibern noch Lizenzgebühren. Hunderte von diesen wurden durch Schmuggelgeschäfte über Jahre zu Millionären. Bis zu 10.000 Menschen lebten allein in der Grenzstadt Rafah vom Schmuggel, auch vom Menschenschmuggel – und damit auch vom Schmuggel von Dжихадisten in den Sinai. Diese kamen im Norden der Halbinsel in den Städten Rafah, Scheich Suwaid und der Hauptstadt al-Arisch (120.000 Einwohner), sowie in den umliegenden Dörfern unter. Schon 2009 galt die auch vom Jemen und vom Sudan aus erreichbare Region als Rückzugsgebiet für Dжихadisten verschiedener Gruppen, denen Beduinenstämme Schutz gewährten. Der Sinai war immer Beduinenland. Heute sind nur noch rund die Hälfte der etwa 1,3 Millionen Bewohner Beduinen, deren Loyalität ihren knapp zwanzig Stämmen gehört – nicht aber einem für sie mehr abstrakten Staat Ägypten. Das ferne Kairo (Mubarak-Regime) unternahm nichts zur Entwicklung ihrer verarmten Regionen. Als ab 2005 afrikanische Wirtschaftsflüchtlinge begannen, über den Sinai nach Israel zu kommen, wurde für nicht wenige Beduinen deren Schleusung zum lukrativen Geschäft. Im vergangenen halben Jahrzehnt sollen es 50.000 bis 60.000 Migranten geschafft haben, im Sinai illegal über die Grenze nach Israel zu kommen. Die von Beduinen geschleusten Fluchtwilligen stammten vornehmlich aus dem Sudan, Äthiopien und Eritrea. Im gleichen Zeitraum (2007 bis 2013) verschwanden nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen aber auch mindestens 4.000 Flüchtlinge spurlos. Wie viele von ihnen Opfer des von kriminellen Beduinengangs betriebenen Organhandels wurden, ist nicht bekannt. Mit dem Sturz des langjährigen Präsidenten Husni Mubarak im Februar 2011 verschlechterte sich die ohnehin schon desolate Sicherheitslage auf dem Sinai



deutlich. Für Israel wurde nun die 240 Kilometer lange südliche Grenze zum ägyptischen Sinai zum Sicherheitsrisiko, zogen sich mit der Revolution in Ägypten dessen Sicherheitskräfte aus der strategisch heiklen Region zurück. Ein Sicherheitsvakuum im Inneren und Norden des Sinai entstand, welches nun nichtstaatliche Akteure zu füllen begann. Schon im August 2011 hieß es, dass die „Armee des Islam“ ihre Aktivitäten aus dem Gazastreifen dorthin verlagert hätte. Aktiv wurden djihadistische Salafisten aus Libyen, die sich „al-Qaida im Sinai“ nannten. Extremisten und Kriminelle, die im



Autor:
Berndt Georg Thamm
Foto: Holecsek

noch vom Mubarak-Regime aus ägyptischen Gefängnissen freigelassen worden waren, unterstützten die Islamisten, wie es auch militante Beduinen taten, die für sich mehr Autonomie einforderten. Der Zugang zu Waffen war durch den Umsturz im Nachbarland Libyen für alle erleichtert worden. Glaubenskämpfer dürften im Dihad, so hatte es schon Osama Bin Laden behauptet, „notfalls auch die Hilfe von Menschen in Anspruch nehmen, die aus unreinen Motiven kämpften“, etwa um des persönlichen Vorteils Willen. Der al-Qaida-Begründer berief sich dabei auf den syrischen Religionsgelehrten Ibn Taimiya (1263-1328), der einst die mongolischen Invasoren bekämpfte. Vielleicht stammte aus dieser „dunkel definierten Kategorie von Verbündeten“ ein Terrorkommando, das im August 2011 acht Israelis nördlich von Eilat tötete. Es folgten Überfälle auf Grenzposten, Entführungen von Touristen und Anschläge auf die Ölpipeline nach Israel. Der Sinai, so ein Sprecher der israelischen Armee, war „ein Anziehungspunkt für den internationalen Terrorismus geworden“. Mit israelischer Billigung ging das ägyptische Militär in einer „Operation Adler“ gegen die Sinai-Islamisten vor. Als Anfang August 2012 Djihadisten zusammen mit militanten Beduinen 16 Grenzschützer eines Kontrollpostens an der Grenze

zu Israel töteten, setzte Ägypten – zum ersten Mal seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 – seine Luftwaffe gegen die gut bewaffneten Extremisten ein. Diese „Operation Sinai“ war die bisher größte Offensive gegen den Djihadterrorismus auf der Halbinsel, der durch das Bombardement der Kampfflugzeuge mehr als 30 Männer verlor. Kämpfer aus dem Gazastreifen (unterstützt von reich gewordenen Tunnelbesitzern), Rückkehrer aus dem Bürgerkrieg in Syrien und andere füllten die Lücken, auch die der schon Ende 2011 auf dem Sinai gegründeten „Ansar al-Djihad“, die sich als militärischer Arm der al-Qaida auf dem Sinai versteht. Als im Sommer 2013 Ägyptens neuer Präsident Mursi mit seinen (der Hamas wohl gesonnenen) Muslimbrüdern entmachtete wurde, schätzte der militärische Geheimdienst das terroristische Potenzial im Sinai auf über 1.000 (bis 1.200) Kämpfer und 7.000 (bis 10.000) meist beduinische Unterstützer. Kairo hatte angefangen, die Schmuggeltunnel nach Gaza zu schließen. Mittlerweile sollen bis zu 80 Prozent zerstört sein.

Zum Kernpersonal der Islamisten der Halbinsel gehören djihadistische Salafisten. Für sie ist der Sinai „Land des Islam, in dem es keinen Platz für Christen gibt“. Dementsprechend bedrohen sie die 5.000 dort lebenden Kopten, ermorden Priester, zerstören Gotteshäuser der ägyptischen Christen. Ohne jede Relevanz ist für sie, dass der Sinai als Geburtsstätte des christlichen Mönchswesens gilt. In der südlichen Mitte des Sinai erhebt sich der 2.285 Meter hohe gleichnamige Berg, an dessen Fuß aus dem brennenden Dornenbusch Gott zu Moses sprach – heiliges Land für Juden, Christen und Muslime gleichermaßen. Unterhalb dieses „Berg Moses“ (Djebel Musa) wurde vor über 1.400 Jahren das Katharinenkloster errichtet, von der UNESCO 2002 zum Weltkulturerbe erklärt. Dazu zählte die Orga-

nisation auch die Buddha-Statuen von Bamiyan (Afghanistan), die von religiös-fanatischen Taliban 2001 zerstört wurden oder die Moscheen, Friedhöfe und Mausoleen in der malischen Karawanenstadt Timbuktu, die Mitte 2012 von djihadistischen Salafisten zum Teil zerstört wurden. Auch vor diesem Hintergrund sollte dem Terror-Hotspot Sinai höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Hotspot subsaharisches Afrika: Offensive der al-Shabaab

Sinai's östlicher Nachbar jenseits des Golfes von Aqaba ist Saudi-Arabien. Die dortige al-Qaida formierte sich schon vor zehn Jahren. Mit der



Tatortuntersuchung in Nairobi nach dem schweren Anschlag auf die Westgate Mall, bei dem mindestens 72 Menschen starben.

Foto: AP Photo/Jason Straziuso/dpa

2006 gegründeten al-Qaida im Jemen fusionierte sie im Januar 2009 zum Dachverband „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH). Zwei Jahre zuvor hatten islamistische Gruppen in Ägyptens westlichen Nachbarstaaten die „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) gebildet. Dieser nordafrikanische Verband bot nicht nur djihadistischen Salafisten aus Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen ein Dach; er inspirierte auch Militante in den westafrikanischen Nachbarstaaten Mauretanien, Mali und Niger. In den vergangenen fünf Jahren breiteten sich im subsaharischen Afrika die Islamistengruppen aus. Ihre Kämpfer kooperieren über



die Ländergrenzen – nutzen Rückzugsräume, verfügen über Geld und Waffen. Die al-Shabaab (arab. Jugend, junge Männer) in Somalia ist mit 5.000 oder mehr Kämpfern die wohl stärkste der afrikanischen Islamistengruppen. Aus den Städten des Landes wurde sie von der AMISOM-Friedenstruppe der Afrikanischen Union vertrieben. Als Somalias Nachbar Kenia 4.000 seiner Soldaten in einen Kampfeinsatz in den Süden Somalias entsandte, dieses kenianische Kontingent ist heute Teil der 17.000 AMISOM-Soldaten, verlor die Shabaab mit der Hafenstadt Kismayo im Herbst 2011 ihren letzten urbanen Stützpunkt. Vertrieben, aber in ländlichen Regionen immer noch stark, fing der radikale Emir Moktar Ali Zubeyr (alias Godane) mit der Umgestaltung der von ihm geführten Shabaab an, hin zu einem regionalen Franchise der globalen Djihaad-Bewegung. In der Folge verübte die Shabaab allein in Kenia zwischen 2011 und 2013 rund 30 Attentate.

Der spektakulärste Anschlag wurde kurz nach dem 12. Jahrestag des 9/11 in der Hauptstadt verübt. Der Angriff begann am 21. September 2013 auf dem Parkdeck des viergeschossigen Gebäudekomplexes Westgate Mall. Das im Viertel Westland der Millionenmetropole gelegene luxuriöse Einkaufszentrum, das zu Teilen einem israelischen Investor gehört, gibt es seit 2007. Es beherbergt über 80 Geschäfte, Boutiquen, Restaurants und Cafés, Banken, ein Multiplex-Kino und Kenias größten Supermarkt. Zu den Tausenden Tagesbesuchern gehören begüterte Einheimische und Ausländer, liegt die Mall doch ganz in der Nähe der UN-Mission und der Deutschen Schule. Im Westgate befanden sich mehr als 1.000 Personen während des Überfalls. Ein mit automatischen Waffen und Granaten bewaffnetes mehrköpfiges Hit-Team der Shabaab, deren Kämpferanzahl schwankte zwischen 4 bis 5 und 12 bis 15, griff Augenzeugen zufolge vornehmlich sogenannte Ungläubige, westliche Ausländer und nicht-muslimische Kenianer an. Fast vier Tage dauerte der Kampf, bei dem mindestens 72 Menschen (darunter 61 Zivilisten) starben und mehr als 200 verletzt wurden. War die Operation Westgate Mall nun der Beginn einer Shabaab-Offensive mit dem Fernziel der Errichtung eines ostafrikanischen Kalifats? „Was in Nairobi begonnen hat, ist eine der epischen Schlachten in der Geschichte des Islam“, so die

Botschaft des Shabaab-Führers Godane zu dem Attentat. Der Überfall seiner Männer erinnert an den Überfall eines Terrorkommandos der pakistanischen „Lashkar-i-toiba“ (Armee der Reinen) im November 2008 in der indischen Hafenmetropole Mumbai (Bombay), bei der 165 Menschen getötet und über 300 verletzt wurden. Mumbai und jetzt Nairobi, es könnten Blaupausen für weitere Terroraktionen in anderen Metropolen sein, auch Metropolen im Westen. Bürger ihrer Staaten (England, Frankreich, Kanada, Australien) waren unter den Toten Nairobi. Dies sind wohl die Hintergründe, dass bei der Aufklärung dieses schwersten Terrorattentats in Kenia seit dem Anschlag (im Auftrag der al-Qaida) auf die US-Botschaft in Nairobi im August 1998, auch Spezialisten aus Großbritannien, den USA, Kanada und Israel – sowie BKA-Experten aus Deutschland halfen. Der Anschlag war über längere Zeit vorbereitet worden. Die Attentäter trainierten ihren Überfall wohl im somalischen Hinterland. Im Einkaufszentrum waren zuvor schon Waffen deponiert worden. Die Angreifer hatten genaue Lagepläne. Sie arbeiteten mit Komplizen in der Mall zusammen. Zu den von den Kenianern identifizierten Shabaab-Kämpfern gehörten auch arabische Sudanesen, somalische Kenianer und ein im norwegischen Exil lebender Somalier.

Deutsche an den Fronten des globalen Djihaad: Globale Djihaadisten in Deutschland

Al-Shabaab rekrutiert seit geraumer Zeit auch im Ausland – in Amerika und in Europa (Niederlande, Großbritannien, Skandinavien). Die Anzahl der Ausländer, die in Somalia kämpfen, wird auf 50 bis 200 geschätzt, darunter auch deutsche Islamisten. Einer von diesen, ein Konvertit aus Bonn namens Ahmed Khaled Mueller (Andreas Martin Müller) soll gar zur Kommandoebene der radikal-islamischen Brigaden gehören. Er zählt zu den deutschen Extremisten, denen die Vorplanung des Sturmes auf die Shopping-Mall zugebraut wird – glaubt zumindest Israels Mossad.

Nicht nur Somalia und Kenia sind Ziele deutscher Djihaadisten. Ägypten, so warnte schon vor einem knappen Jahr der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg

Maaßen, drohe zu einer Drehscheibe für islamistische Terroristen zu werden. Allein 2012 hätten fast 60 Personen aus der salafistischen Szene Deutschland mit dem Ziel Ägypten verlassen, wo sich eine Art deutsche Salafistenkolonie entwickelte (siehe DEUTSCHE POLIZEI September 2012). Aus diesem Exil heraus sind einige als Propagandisten des Djihaad tätig. Über das Internet mühen sie sich, ihre Glaubensbrüder in Deutschland für Anschläge zu motivieren. So drohte Anfang Februar 2013 von dort ein radikaler Islamist, der sich „Abu Azzam der Deutsche“ nannte, in einem Internet-Video mit Terroranschlägen auf den Reichstag und forderte den Tod von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Andere nutzen die salafistische Location am Nil als Transitregion auf den Weg zum Djihaad im subsaharischen Afrika, aber auch in Nahost. Im März 2013 meldete sich erstmals ein deutschsprachiger Islamist direkt aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Hayar M. rief in einem Internet-Video seine Brüder im Glauben in Deutschland auf, in den Djihaad nach Syrien zu ziehen. Bis zum Jahresende sollen schon 150 bis über 200 Muslime aus Deutschland dorthin gereist sein, um als Djihaadisten zu kämpfen – und zu sterben. So wie der frühere deutsche Fußball-Jugendnationalspieler Burak Karan (26), der bei einem Bombenangriff auf die nordsyrische Stadt Azaz am 11. Oktober 2013 getötet wurde.

An motiviertem Djihaadistennachschub in Deutschland scheint es nicht zu mangeln. BfV-Präsident Maaßen äußerte sich erst vor wenigen Wochen besorgt über den starken Anstieg in der salafistischen Szene, die sich in Deutschland in den letzten Jahren in „dynamischer Weise“ entwickelt habe. Zählten die Verfassungsschützer 2011 rund 3.880 Salafisten, waren es 2012 bereits 4.500 und 2013 schließlich 5.500. Mittlerweile soll es auch ein gut funktionierendes islamistisches Netzwerk geben, das die Reisetätigkeit der deutschen Djihaadisten in den Hotspot Syrien koordiniert. Die Besorgnis der Schutzorgane gilt jedoch nicht nur der Professionalisierung der „Kämpferschleusung“. Irgendwann werden viele dieser Freiwilligen, durch Erfahrungen an der Djihaadfront weiter radikalisiert und im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen versiert, nach Deutschland und andere europäische Heimatregionen zurückkehren.



Besuch beim Intendanten des ARD-Senders Radio Bremen



Auf Einladung des Intendanten von Radio Bremen, Jan Metzger, stellte sich der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, den Fragen der Redakteure aus verschiedenen Ressorts. Von links: GdP-Vorsitzender Oliver Malchow, Intendant Jan Metzger, Programmdirektor Jan Weyrauch, Jochen Grabler, Leiter der Rechercheredaktion und Chefredakteur Martin Reckweg.

Unten: Jens Böttger, Unternehmensdarstellung und interne Kommunikation (rechts), hier mit der Moderatorin des Nordwestradios Stefanie Pesch, führte den GdP-Vorsitzenden durch das trimediale Funkhaus im Bremer Stephaniviertel.

Fotos: Holecsek



COP® Specials Januar / Februar 2014 *Gültig vom 20.12.13 - 28.02.14

1 Polizei-Clipboard POSSE 375
Art.-Nr. CB-375
Farbe: silbergrau
Material: eloxiertes Aluminium
Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H)
Qualitätsprodukt und Standard bei zahlreichen US-Behörden.
Innen mit 2 getrennten Fächer.



Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

2 Einsatzstiefel adidas® GSG9.7
Art.-Nr. 85G62307-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g



Aktionspreis! € 119,90
statt 139,99*



Größe UK	3.5	4	4.5	5	5.5	6	6.5	7	7.5	8	8.5	9	9.5	10	10.5	11	11.5	12	12.5	13	13.5	14
Größe EU	36	36.5	37.5	38	38.5	39.5	40	40.5	41.5	42	42.5	43	44	44.5	45.5	46	46.5	47.5	48	48.5	49	50

3 Taschenlampe COP® 8507 LED Stroboskop
Art.-Nr. 18507
Cree® XP-G LED Leuchtmittel.
Arretierbarer Schalter. Länge: 14 cm
Durchmesser: 3,3 cm Körper, 3,6 cm Kopf



Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

LED 300 Lumen

Mit Stroboskop- & Dimmerfunktion

Passendes Holster

4 Universalholster COP® 1406 Pro
Art.-Nr. 21406
Farbe: schwarz; Material: Nylon.
Gepolstertes, hochwertiges Holster mit Klappe und Klettverschluss, passend für Taschenmesser, Multitools, Magazine und kompakte Taschenlampen. Für Gürtel bis 58 mm.



Aktionspreis € 9,90**
statt 14,99*

5 Einsatzhandschuh COP® CR214W
Art.-Nr. 320214W-Größe
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
Außenmaterial: 50% Ziegenleder, 50% Polyester. Futter: 100% Polyester. Gefütterte Ausführung des erfolgreichen Einsatzhandschuhs COP®CR214 mit warmen HYTEX-Innenfutter.



EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
2 2 3 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

Aktionspreis € 39,90**
statt 49,99*

Winterhandschuh

6 Tactical Langarm Crew T-Shirt Under Armour® ColdGear
Art.-Nr. UA1005511-O (olivgrün)
Art.-Nr. UA1005511-B (beige)
Art.-Nr. UA1005511-S (schwarz)
Größen beige und schwarz: S - 3XL
Größen olive: S, XL - 3XL
Farben: olive, beige, schwarz
Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt.



Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

7 Under Armour® Boxershorts Core ColdGear®
Art.-Nr. UA1203882S-Größe
Größen: S - 3XL; Farbe: schwarz
Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan. Eng anliegende Boxershorts ohne Eingriff - Beininnenlänge = 17,8 cm



Aktionspreis € 29,90**
statt 39,99*

FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

8 Under Armour® Tactical Speed Freek Stiefel GTX Allseasongear®
Art.-Nr. UA1227564S-Größe US
Farbe: schwarz
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 580 g



Aktionspreis € 159,90**
statt 209,99*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln.
Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2013 bis 28. Februar 2014 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. * ehemaliger Verkaufspreis

Frauen von häuslicher Gewalt mehr bedroht als durch andere Delikte

Pressekonferenz des GdP-Bundesfrauenvorstandes in Berlin

Seit über 30 Jahren gibt es bereits den Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. Auch am 25. November 2013 wurden bei vielfältigen Aktivitäten von Organisationen und Verbänden Übergriffe im häuslichen Umfeld angeprangert sowie eine stärkere gesellschaftliche Ächtung und rechtliche Bekämpfung dieses Alltagsphänomens gefordert. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellte anlässlich des Aktionstages auf einer Pressekonferenz in Berlin ein Positionspapier „Häusliche Gewalt“ vor. Schon seit vielen Jahren ist die Bekämpfung häuslicher Gewalt ein fester Bestandteil der in der GdP organisierten Polizistinnen. Auch aufgrund ihrer Bemühungen hat der Gesetzgeber 2002 das Gewaltschutzgesetz auf den Weg gebracht.

Die Vorsitzende des GdP-Bundesfrauenvorstandes, Dagmar Hölzl, verwies darauf, dass dieser Tag, der seit 1981 von Menschenrechtsorganisationen organisiert wird, bewusst gewählt wurde, um eine positive Bilanz der polizeilichen Bekämpfung der Gewalt in Partnerbeziehungen und Familien zu ziehen. „Aber wir dürfen nicht auf halber Strecke stehenbleiben“, warnte sie im Bundespresseamt vor zahlreichen Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen.

Frauen seien von häuslicher Gewalt mehr bedroht als durch andere Delikte wie Wohnungseinbruch oder Raub. Zu den Risikofaktoren gehörten neben Trennung oder Trennungsabsicht Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend. „Dabei werden Frauen keineswegs nur in einem schwierigen sozialen Umfeld von ihrem männlichen Partner geschlagen, vergewaltigt, beschimpft oder gedemütigt“, sagte Hölzl. Die 2009 veröffentlichte Studie „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“ belege, dass auch Frauen in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten in einem viel höheren Maß Opfer von Gewalt werden, als dies bislang bekannt war.

Wiederkehrende Gewaltdelikte

Vielen Betroffenen sei es aus unterschiedlichen Gründen, insbesondere auch aufgrund der emotionalen Bin-



Häusliche Gewalt: „Wir waren weder geschult, noch gab es genügend wirksame Interventionsmöglichkeiten“, berichtete die Göttinger Erste Kriminalhauptkommissarin Anne Kortleben. Foto: Zielasko

dung, schwer möglich, sich aus eigener Kraft aus einer Gewaltbeziehung zu lösen, erläuterte die Gewerkschaftlerin. In vielen Fällen handele es sich deshalb erfahrungsgemäß nicht um ein einmaliges Übergreifen, sondern um wiederkehrende oft an Intensität zunehmende Gewaltdelikte. Hölzl: „Deshalb benötigen diese Menschen Hilfe in Form von Schutz und Beratung, aber auch konsequentes staatliches Handeln, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.“ Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes leitete der

Gesetzgeber bewusst diesen Paradigmenwechsel ein.

Beim Bekämpfen häuslicher Gewalt komme die zentrale Schlüsselfunktion der Polizei zu, da nur sie sowohl gefahrenabwehrend als auch strafverfolgend tätig werden kann, sagte Hölzl. Bundesweit wurde festgelegt, dass bei Kenntnis von häuslicher Gewalt in jedem Fall und niederschwellig eingeschritten werden muss. Aus diesem Grund wurden in den Ländern Regelungen getroffen, nach denen Polizeibeamtinnen und -beamte verpflichtet wurden, in jedem Fall die Gewaltsituationen unmittelbar zu beenden, Strafverfolgung zu initiieren, Beratungshilfe auszulösen und Schutz zu bieten. Es wurden Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften eingerichtet und

Forderungen:

- Die gesellschaftliche Ächtung und rechtliche Bekämpfung von häuslicher Gewalt muss fortgesetzt und verstärkt werden!
- Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt müssen die notwendigen Ressourcen (Personal) zur Verfügung gestellt werden!
- Die Kooperation zwischen Polizei und Hilfseinrichtungen muss verstärkt werden!
- Es müssen bundeseinheitliche Standards und eine Definition für häusliche Gewalt eingeführt werden, nur so können vergleichbare Fallzahlen ermittelt werden!
- Die Aus- und Fortbildung/Supervision der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten muss sichergestellt sein!
- Die Polizeiführung muss sich ihrer Verantwortung und Fürsorge für die im Bereich Häusliche Gewalt eingesetzten Beamtinnen und Beamten bewusst sein!





Die Pressekonferenz der Bundesfrauengruppe im Berliner Bundespresseamt stieß auf große Resonanz.

Foto: Zielasko

Anzeige

BANKHAUS DR. MASEL

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

Akademiker und Beamte aufgepasst!

Zahlen Sie für Ihr **BEAMTENDARLEHEN** noch in eine teure Lebens- oder Rentenversicherung?

Jetzt clever umschulden und sparen!

Entscheiden Sie sich für den **PRIVATKREDIT+**

Ihre Vorteile:

- Ratenkredit von 10.000,00 EUR bis 120.000,00 EUR
- Laufzeit 10, 12 oder 15 Jahre
- Niedrige monatliche Rate mit regelmäßiger monatlicher Tilgung
- Sondertilgung jederzeit ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Bonitätsunabhängiger gebundener Sollzinssatz für die gesamte Laufzeit
- Das PLUS: Die Bank bezahlt für Sie die Beiträge zur Todesfallabsicherung

Achtung! Sonderkonditionen!
bis 31.01.2014 gesenkte Zinssätze.

Berechnen Sie noch heute kostenlos Ihr persönliches Wunscharlehen
Konditionen und Darlehensrechner unter

www.bankhaus-masel.de oder Free Call: 0800-3006830





GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl betonte, dass insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten ein hohes Maß an Verantwortung tragen, weil sie die Gefahrensituation möglichst fehlerfrei einschätzen müssten. Die Fähigkeit zum Multitasking scheint für heutige Journalisten unabdingbar. **Fotos: Zielasko**

festgelegt, dass die Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt unabhängig von der Strafantragsstellung des Opfers erfolgt. Bei den Amtsgerichten wurden Vorkehrungen getroffen, dass Anträge nach dem Gewaltschutzgesetz innerhalb kürzester Zeit durch Richter entschieden werden.

häufiger auf beratungsresistente Opfer, die sich teilweise sogar mit dem Gewalttäter solidarisieren“, betonte Hölzl abschließend.

Zwei Polizisten niedergestochen

Zu Beginn der Pressekonferenz hatte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek betont, Einsätze wegen sogenannter Familienstreitigkeiten zählten zu den unangenehmsten und gefährlichsten. „Nicht selten fährt einer der Streitenden im wahrsten Sinne aus seiner Haut, womöglich befeuert vom Alkohol, vergisst den Familien-Händel und greift die Beamtinnen und Beamten unvermittelt an. Erst zuletzt hier in Berlin, als zwei Polizisten während eines Einsatzes gegen häusliche Gewalt niedergestochen und schwer verletzt worden sind“, sagte er. „Solche Einsätze finden im intimen Bereich der Wohnung statt. Nicht nur deshalb benötigten die Kolleginnen und Kollegen ein gehöriges Maß an Fingerspitzengefühl.“

Radek schilderte: „Wenn bei einer Geburtstagsfeier der Onkel und der Großvater aneinandergeraten, weil ein Schnaps dem anderen folgt, ein Wort das andere gibt und sich schnell zwei Mann- und Frauschaften bilden, die einander mit Torten bewerfen, zählt das für uns noch eher zu den leichteren Übungen – zumal sich die gegnerischen Parteien beim Auftauchen der Polizei oft schnell versöhnen, um dann

mit vereinten Kräften gegen meine Kolleginnen und Kollegen vorzugehen. Ganz anders verhält es sich, wenn Schreie aus einer Wohnung dringen und die Nachbarn die Polizei rufen. Dann öffnet sich meinen Kolleginnen und Kollegen ein Abgrund dessen, was sich Menschen in engsten Beziehungen einander und gegenseitig antun können. Nicht selten haben die meist weiblichen Opfer einen langen und bitteren Leidensweg hinter sich, wenn die Polizei zum ersten Mal erscheint. Dass sie überhaupt erscheint, ist oft couragierten Nachbarn zu verdanken, die nicht mehr weghören und wegsehen.“ Das sei der größte Erfolg, den all diejenigen für sich reklamieren könnten, die häusliche Gewalt der privaten Sphäre entrissen und stärker in die öffentliche Diskussion und das öffentliche Bewusstsein gebracht haben.

Einblicke in die Praxis gab auch die Erste Kriminalhauptkommissarin Anne Kortleben. Als Polizeibeamtin, die seit Jahren Tötungs-, Sexual-, Bedrohungs- und Körperverletzungsdelikte bearbeitet, habe sie schon früh erfahren, dass schlimmste Gewaltdelikte oft von nahen Bezugspersonen begangen werden. „Als Ermittler haben wir immer wieder erlebt, dass Tötungsdelikte an Frauen zum großen Anteil durch den Partner beziehungsweise Ex-Partner begangen wurden, nicht selten in der von der Frau initiierten Trennungsphase. Kindstötungen wurden und werden in den meisten Fällen durch ein Elternteil begangen“, sagte

Angebote zu wenig

Zunehmend, aber leider noch nicht flächendeckend, wurden Hölzl zufolge Beratungsstellen für Opfer eingerichtet, die umfassende proaktive Hilfe anbieten. „Hierdurch haben sich für die Polizei neue, äußerst arbeitsintensive, sensible und extrem verantwortungsvolle Aufgabenstellungen ergeben, die enorme Anforderungen an die eingesetzten Beamtinnen und Beamten stellen.“ Insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr trügen die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten ein hohes Maß an Verantwortung, weil sie die Gefahrensituation möglichst fehlerfrei einschätzen müssten.

Es handele sich immer um Ausnahmesituationen, die gekennzeichnet seien durch traumatisierte, stark verängstigte Opfer, nicht selten mit mindestens ebenso emotional betroffenen Kindern. „Sie treffen in der Regel auf ein hohes Aggressionspotenzial, erleben allerdings gleichwohl, dass einige Opfer diese schützende staatliche Intervention (noch) nicht annehmen. Gerade in diesen Fällen mit ambivalenten Opfern stoßen die Beamten



HÄUSLICHE GEWALT

die Leiterin des 1. Fachkommissariats der Polizeiinspektion Göttingen.

Lange Zeit weggeschaut

Lange Zeit habe die Gesellschaft die Augen davor verschlossen, dass Menschen am häufigsten im sozialen Nahraum, in der eigenen Wohnung, körperliche und seelische Misshandlungen erleiden und das sehr viele es nicht allein schafften, den Gewaltkreislauf zu durchbrechen. „Gesellschaftliche Traditionen, der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie und der Unverletzlichkeit der Wohnung, aber auch viel Oberflächlichkeit haben uns lange vom Blick ‚hinter die Kulissen‘ abgehalten. Wir waren weder geschult, noch gab es genügend wirksame Interventionsmöglichkeiten“, sagte Kortleben.

In der Anfangsphase der neuen Herangehensweise war vielfach zu hören: „Das bringt doch alles nichts; man kann da nichts machen.“ Sie wisse

noch gut, dass auch viele Polizisten zum Beispiel viel Angst vor Dienstaufsichtsbeschwerden und Verwaltungsgerichtsklagen hatten, weil sie unter dem Motto „Wer schlägt, muss gehen!“ nun niederschwellig den Aggressor aus seiner eigenen Wohnung verweisen sollten. „Hilfreich waren hier gut vorbereitete, intensive Schulungen der Polizeibeamten, die nicht nur Sicherheit im neuen Einschreitverhalten, sondern auch allen Polizisten Hintergrundwissen zu innerfamiliären Dynamiken und auch psychologischen Mechanismen vermittelten“, so die Kommissarin.

Nach ihren Beobachtungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren ein deutlicher gesellschaftlicher Wandel vollzogen, in dem innerfamiliäre oder Beziehungsgewalt nunmehr von einer breiten Mehrheit als verwerflich angesehen wird und – mittlerweile durch die umfangreiche Berichterstattung in den Medien – viele Menschen um die Gefahren wissen. Betroffene bekämen heute frühzeitig Hilfe, indem sie

selber um Unterstützung bitten und Beratungsstellen aufsuchen. Oft seien es auch Freunde oder Nachbarn und nicht selten Passanten, die Gewaltsituationen erkennen und dann zum Beispiel die Polizei einschalten.

Anne Kortleben: „Wir werden nicht nur oft als Erste mit Notruf gerufen, sondern haben als Einzige auch die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten, die Wohnung zu betreten und festzustellen, ob es zu einer Straftat oder einer Gefährdungssituation gekommen ist.“ Heute gebe es kein „draußen stehen bleiben“ mehr bei Hinweisen auf Gewalt. „Es ist politisch gewollt, dass wir die Verantwortung übernehmen – wir treffen alle erforderlichen Maßnahmen und dies nicht nur unmittelbar, sondern meist über einen längeren Zeitraum, nämlich bis zur Beendigung der potenziellen Gefährdungssituation. Dies ist eine äußerst komplexe, schwierige und verantwortungsvolle polizeiliche Aufgabe.“

Wolfgang Schönwald

Anzeige

Nürnberg, Germany
5. – 6.3.2014
ENFORCETAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions
by IWA

**MEHR RAUM UND ZEIT
FÜR SICHERHEIT
ZWEI MESSEN, ZWEI TERMINE
PLUS NEUE HALLEN!***

**IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2014**
High performance in target sports,
nature activities, protecting people

7. – 10.3.2014
Nürnberg, Germany

NÜRNBERG MESSE

*Nähere Informationen:
www.iwa.info
www.enforcetac.com

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 19
besucherservice@nuernbergmesse.de

Anzeige



„Viele häusliche Gewaltopfer wissen gar nicht, wo sie sich auch ohne Anzeige hinwenden können“

In Baden-Württembergs erster Gewaltambulanz können sich Opfer von Gewalttaten seit einem Jahr untersuchen und ihre Verletzungen feststellen lassen, auch wenn sie noch keine Anzeige erstattet haben. Die Einrichtung befindet sich im Rechtsmedizinischen Institut Heidelberg. Die dortigen Mediziner dokumentieren gerichtsfest beispielsweise Folgen häuslicher Gewalt. Die Ärzte behandeln vor allem Fälle aus der Region Nordbaden, erhalten jedoch auch Hilferufe aus anderen Teilen Deutschlands. Mit der Gründerin und Ärztlichen Direktorin der mittlerweile bundesweit bekanntgewordenen Institution, Prof. Dr. Kathrin Yen, sprach für DEUTSCHE POLIZEI Wolfgang Schönwald.

DP: In Polizeiberichten erscheinen täglich Meldungen über Einsätze wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen im familiären Umfeld. Ist diese erschreckende Entwicklung in ihrer Ambulanz zu spüren?

Kathrin Yen: Die Fallzahlen nehmen seit Eröffnung der Ambulanz im November 2012 zu. Bislang haben wir 250 Fälle betreut. Diese Steigerung war zu erwarten. In Graz, wo ich zuvor ein solches Angebot für Gewaltopfer aufgebaut habe, waren ähnliche Tendenzen zu beobachten.

DP: Also stellen Sie sich mit ihren Mitarbeitern auf eine weitere Zunahme der Zahl Hilfesuchender, vor allem Frauen, aber auch Kinder und Männer ein?

Yen: Mittelfristig gehe ich von 300 bis 400 Fällen jährlich aus, die wir im Raum Heidelberg bearbeiten werden. Diese Zahlen bleiben dann aber relativ konstant. Jedoch spüren wir auch die mediale Präsenz, die wir als sehr wichtig einschätzen.

DP: Warum?

Yen: Viele Betroffene von Gewalt, egal in welcher Form, wissen gar nicht, wo sie sich nach einem Übergriff hinwenden können, ohne sofort Anzeige erstatten zu müssen. Wir dokumentieren die Verletzungen der Opfer mit und ohne vorherige Anzeige 24 Stunden rund um die Uhr, und dass nicht nur in unserem Institut, sondern mit unserem mobilen Service auch an anderen Orten wie Polizeidienststellen oder in Krankenhäusern.

DP: Und dann ...



Prof. Dr. Kathrin Yen

Foto: Universitätsklinikum Heidelberg

Yen: ...werden Befunde und Spuren, ob Hämatome, Würgemale, andere Verletzungen oder auch Substanzen im und am Körper so aufgenommen, dass diese Ergebnisse später bei möglichen Anzeigen und sich anschließenden Prozessen vor Gericht Bestand haben. Zu wissen, dass objektive Beweise noch in Wochen – nach möglichen weiteren Vorfällen – auf den Tisch gelegt werden können, nimmt viel Druck von den Gewaltopfern, die zunächst mit dieser Situation oft überfordert sind. In nicht angezeigten Fällen kommen die Betroffenen nicht

selten zwei- bis dreimal zu uns, bevor sie sich – wenn überhaupt – zu einer Anzeige entschließen.

DP: Worin sehen Sie den Grund für dieses Verhalten?

Yen: Oft sind diese Menschen in großen Konfliktsituationen, insbesondere, wenn die Täter aus dem familiären Umfeld stammen. Ein konsequenter Schlusstrich fällt da sicher schwer. Gerade in solchen Fällen ist unser niederschwelliges Angebot wichtig. Ich habe den Eindruck, dass die Hemmschwelle, nach einem gewaltsamen Übergriff zu uns zu kommen, niedriger ist, als gleich zur Polizei zu gehen.

DP: Welchen rechtlichen Spielraum gibt es überhaupt für Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen?

Yen: Wir können im abschließenden Gespräch nach der Untersuchung den erwachsenen Betroffenen nur Ratschläge geben, wie sie mit der Situation umgehen können und sie auf Wunsch an geeignete Angebote wie Opfer- oder Rechtsberatungsstellen vermitteln. Angesichts der ärztlichen Schweigepflicht dürfen wir, auch wenn es nicht selten schwerfällt und zum Schutz der Betroffenen sinnvoll wäre, der Polizei selbst keinen Hinweis geben. Bei Kindern, die sich gar nicht selbst schützen können, sieht das neue Bundeskinderschutzgesetz unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit einer Mitteilung an das Jugendamt vor, das dann die Entscheidung über eine Anzeige trifft.

DP: Welche Verletzungen weisen die Opfer in der Regel auf?

Yen: Wir sehen vor allem Folgen stumpfer Gewalt – blaue Flecken, Prellungen bis hin zu offenen Wunden. Nicht selten kommen auch Menschen nach einer Strangulation mit Würgemalen oder Opfer von sexuellen Über-



QR-Code:
Mehr zur Heidelberger
Gewaltambulanz



HÄUSLICHE GEWALT

griffen oder Kindesmisshandlungen mit entsprechenden Befunden.

DP: Ist es manchmal nicht schon ein bisschen spät, bevor Opfer diesen Schritt wagen?

Yen: Unsere Erfahrungen besagen, dass beispielsweise viele Frauen nach einer Vergewaltigung sich zu viel Zeit lassen. Spuren sind dann schon massenhaft verloren. Und viele machen aus Scham den Fehler und waschen sich erst und ziehen sich um. Auch wenn dieses Verhalten nachvollziehbar ist, für die Untersuchung und Sicherung der Befunde ist dies wenig hilfreich. Auch hat man nach einem Blackout, wenn vermutlich die berüchtigten K.o.-Tropfen im Spiel waren, die manchmal von Tätern eingesetzt werden, um jemanden zu betäuben und anschließend zu vergewaltigen, nur wenige Stunden Zeit, dies nachzuweisen. Nicht zuletzt sind natürlich auch Verletzungen Heilungsprozessen unterworfen und damit nicht unbegrenzt feststellbar. Mein dringender Rat: sofort nach der Tat einen Arzt aufsuchen oder zur Polizei gehen, so wie man ist.

DP: Immer wieder werden auch vorge-täuschte Straftaten bekannt, aus den unterschiedlichsten Motiven.

Yen: Rechtsmediziner haben einen Blick für Gewalt und wie sie entstanden sein kann, sie wurden dafür ausgebildet. Dazu gehört, dass „Opfer“ erkannt werden, die eine Tat vortäuschen. Diese Fälle sind übrigens gar nicht mal so selten, insbesondere bei sexueller Gewalt. Wir sammeln nicht nur Beweise, die einen Täter überführen können, sondern auch solche, die einen Tatverdächtigen entlasten. Im Sinne der Rechtssicherheit und des



Untersuchung an einem Gewaltopfer.
Foto: Universitätsklinikum Heidelberg

Schutzes vor ungerechtfertigten Vorwürfen ist das für die Betroffenen sehr wichtig.

DP: Wie ist eigentlich die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen?

Yen: Unser Angebot wird gern angenommen und wir arbeiten eng mit Polizei und Staatsanwaltschaft, Opferhilfsstellen, Jugendämtern und anderen Einrichtungen zusammen. Für Kolleginnen und Kollegen aus umliegenden Krankenhäusern, aber auch niedergelassenen Ärzten, ist es oft schwer einzuschätzen, woher die aufgefundenen Befunde stammen könnten. Vor allem bei Kindern stellt sich häufig die oft schwierige Frage, ob beispielsweise die blauen Flecken wirklich nur vom Fußballspielen oder von Misshandlungen stammen. In solchen Fällen können wir unterstüt-

zen und Verantwortung abnehmen. Erfolgreich kooperieren wir in Fällen sexueller Gewalt auch mit Gynäkologen. Wir nehmen Abstriche, untersuchen die Opfer von oben bis unten und dokumentieren ausführlich die Verletzungen und Spuren. Jeder Hilfesuchende kann sich aber auch direkt an unsere Gewaltambulanz wenden.

DP: Diesbezügliche Angebote gibt es derzeit nur in wenigen Städten.

Yen: Bundesweit haben wir noch viele weiße Flecken. Ein umfassendes Angebot ist neben Heidelberg nur in Hamburg, München, Düsseldorf und Hannover zu finden. Flächendeckende spezielle Einrichtungen, nun nicht gleich in jeder kleinen Stadt, aber doch schon in größeren Zentren, wären notwendig, um eine klinisch-rechtsmedizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Wie wichtig solche Angebote sind, zeigt allein schon die Tatsache, dass bei uns gelegentlich Anrufe aus weit entfernten Regionen eingehen mit der Bitte um Hilfe. Wir raten dann, Kontakt mit dem nächsten Rechtsmedizinischen Institut aufzunehmen oder zumindest beim Hausarzt vorstellig zu werden. Auswärtigen Ärzten können wir bei entsprechenden Untersuchungen auch Unterstützung per Telefon geben oder uns Bilder übermitteln lassen.

DP: Ihr Wunsch für 2014?

Yen: Dass wir es schaffen, die Finanzierung der Gewaltambulanz Heidelberg dauerhaft sicherzustellen.

Prof. Yen, ich danke für das Gespräch.

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



DGB-Bundesfrauenkonferenz diskutiert Chancengleichheit

Ende November 2013: Der Himmel über Berlin ist grau verhangen, die ersten Weihnachtsmärkte werden aufgebaut und hier und da liegt ein Duft von Glühwein und gebrannten Mandeln in der Luft. Den 128 Frauen, die sich als Delegierte auf den Weg zur Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gemacht haben, steht aber nicht der Sinn nach Weihnachtsmarktbesuch. Sie sind die drei Tage nach Berlin gekommen, um unter dem Motto „Wir sind dran! Selbst – Bestimmt – Sicher“ Wege und Möglichkeiten zu diskutieren, wie eine selbstbestimmte und existenzsichernde Erwerbsbiografie für Frauen Realität werden kann.

Die DGB-Bundesfrauenkonferenz findet alle vier Jahre, fast schon traditionell, in Berlin statt und bietet eine gute Plattform, um der Frage nach zu gehen, wie es um die Chancen-

bestimmt – sicher!“ und kommt in ihrer Begrüßung schnell vom Motto der DGB-Bundesfrauenkonferenz auf die aktuelle Tagespolitik und den Stellenwert der Gleichstellungspolitik in den Koalitionsverhandlungen. Der DGB

ernährerinnen – Perspektiven für die Zukunft schaffen!“ statt. Zur Eröffnung dieser Tagung begrüßt Hannack auch Staatssekretär Lutz Stroppe aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der in Vertretung von Bundesministerin Kristina Schröder, die eigentlich schon nicht mehr im Amt ist, ein Grußwort spricht!

Stroppe findet lobende Worte für das Kooperationsprojekt von DGB und Bundesministerium: „Das Projekt hat die Familienernährerinnen in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Die Bilanz zeigt, dass immer mehr Frauen den Löwenanteil des Haushaltseinkommens erwirtschaften, diese Erkenntnis aber in der Gesellschaft noch nicht so wahr-



Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl vertritt die GdP-Positionen in der Abschluss-Talkrunde der DGB-Bundesfrauenkonferenz.

Foto: Terweide

gleichheit von Frauen und Männern in Deutschland bestellt ist. Vor der inhaltlichen Diskussion ist aber erst einmal Zuhören von den Delegierten und Gästen gefragt.

Elke Hannack, seit Juni 2013 stellvertretende DGB-Vorsitzende, eröffnete die 18. Bundesfrauenkonferenz mit den Worten: „Nicht irgendwann, jetzt sind wir (Frauen) dran – selbst

hatte den mutmaßlichen Koalitionären (so der Stand zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe) seine Forderungen auch zu diesem Themenfeld überreicht und Hannack verbreitet Hoffnung, dass es dieses Mal ein Stück voran gehen könnte mit der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Deutschland.

Eingebettet in die Bundesfrauenkonferenz findet am ersten Tag die Abschluss-tagung des Projekts „Familien-

genommen wird. Umso wichtiger ist es, die Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen im Allgemeinen und die der Familienernährerinnen im Besonderen nachhaltig zu verbessern.“ Aus den zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Koalitionsverhandlungen bringt er zwei „Bonbons“ für die Frauenkonferenz mit: Das seit langem geforderte Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit sollte tatsächlich Eingang in den Koalitionsver-



FRAUENGRUPPE

trag nehmen und auch die Aussichten für eine Erweiterung des Elterngeldes auf bis zu 28 Monaten stünden gut.

Dann hat die Wissenschaft das Wort. Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft der Justus-Liebig-Universität in Gießen, spricht zum Thema „Selbstbestimmte Erwerbsbiografien“. Meier-Gräwe stellt sehr

damit nicht allein in der Polizei. Die Diskussionsrunde wird ergänzt durch Renate Augstein, Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Chancengleichheit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Dag Schölper vom Bundesforum Männer und Hannack. Damit findet der erste Tag dann auch sein Ende!

Tag zwei widmet sich ganz dem

fassenden Leitantrag thematisch nicht mehr viel, um mit eigenen Anträgen die Frauenpolitik für die nächsten vier Jahre mitzugestalten.

Am späten Nachmittag entzündeten sich dann doch noch größere Diskussionen in der Konferenz an den Anträgen zum politischen Streikrecht und zur gendgerechten Sprache in allen DGB Publikationen, aber die Verhandlungsleitung, unterstützt durch unser Antragsberatungskommissions-Mitglied Wilma Wäntig, umschiffte auch diese Klippe und der Abend klingt entspannt aus.

Den sonnabendlichen Schlusspunkt setzt dann eine Talkrunde mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafterinnen ziehen eine Konferenzbilanz zu den Fragen:

- Welche Erkenntnisse und Erfahrungen nimmst du mit aus der Bundesfrauenkonferenz?
- Welche Themen und Forderungen wirst du in deiner Gewerkschaft forcieren?
- Welche Themen sind in deiner Gewerkschaft erfolgversprechend?
- Haben sich neue Perspektiven für dich aufgetan?

Foto: GdP



Die Delegation der GdP-Frauen auf einen Blick.

pointiert dar, warum Frauen eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie benötigen und dass der Rückfall in tradierte Geschlechterrollen die Frauen nicht weiter bringt. Die Professorin plädiert dafür, dass Erwerbstätigkeit und Betreuungsaufgaben von Frauen und Männern gleichermaßen wahrgenommen werden müssen, nur dann schnappt die Teilzeitfalle für Frauen nicht zu und die Gefahr der Altersarmut von Frauen kann gebannt werden.

Nach dieser geballten Ladung Input geht es in die Praxis. Familienernährerinnen berichten von ihren ganz persönlichen Erfahrungen. Die GdP-Frauen haben für Erfahrungsbericht und Podiumsdiskussion ihre stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne ins Rennen geschickt. Erika ist Polizeibeamtin bei der Bundespolizei und weiß, was es heißt, die Verantwortung für eine Familie und deren finanzielles Auskommen zu tragen. Sie steht

Leitantrag zur Konferenz: „Von der eigenständigen Existenzsicherung zur selbstbestimmten Erwerbsbiografie von Frauen und Männern! Auf 19 Antragsseiten und in 17 Kapiteln legt der DGB-Bundesfrauenausschuss dar, wie die Perspektiven von Frauen im Erwerbsleben nachdrücklich zu verbessern sind. Dabei werden alle relevanten Themenfelder von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitszeit, geschlechtergerechte Erwerbs- und Sorgearbeit, Elterngeld und Pflegezeit, Entgeltdiskriminierung bis Rentenlücke abgearbeitet. Die Bundesfrauenkonferenz erarbeitet sich diesen Leitantrag in mehreren Diskussionsrunden nach der „Kaffeehaus“-Methode und demonstriert eindrücklich, dass auch Gruppen mit über 100 Frauen diszipliniert am Thema entlang arbeiten können.

Den ebenfalls antragsberechtigten Gewerkschaften und Bezirksfrauenausschüssen bleibt nach diesem um-

Die GdP-Frauen wurden in dieser Talkrunde von ihrer Bundesfrauenvorsitzenden Dagmar Hölzl vertreten. Sie konnte deutlich machen, dass die für die GdP relevanten Themen des Leitantrags schon länger auf unserer Agenda stehen und kontinuierlich bearbeitet werden. So sei Entgeltgleichheit sowohl im Tarif, wie auch für die Beamtinnen Thema der GdP-Frauen-gruppe, aber auch das Thema Pflege oder auch die Sichtbarmachung von Frauen in der eigenen Organisation.

Die GdP-Frauen wurden bei dieser Konferenz inhaltlich bestärkt und nehmen den Schwung der vielen Gewerkschaftskolleginnen auf, um voller Elan in das Kongressjahr 2014 zu gehen!

Dagmar Hölzl



„LEBEN in Sicherheit“

Der 25. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Spätherbst wirft seine Schatten voraus. In dieser Rubrik berichtet DEUTSCHE POLIZEI ab jetzt regelmäßig über die Vorbereitung der Beratungen unter dem Motto „LEBEN in Sicherheit“ vom 10. bis 12. November im Berliner Estrel-Hotel. Zu diesem organisationspolitischen Höhepunkt im gewerkschaftlichen Wirken werden mehr als 500 Delegierte und Gäste erwartet.

Der Bundeskongress gibt langfristig die zentralen inhaltlichen Positionen, Leitlinien und Forderungen der GdP vor. Die Delegierten der 16 GdP-Landesbezirke und der Bezirke „Bundespolizei“ und „Bundeskriminalamt“ wählen zugleich den Geschäftsführenden Bundesvorstand und die Bundeskassenprüfer/innen.

Alle vier Jahre kommt das oberste Wahlgremium der GdP zusammen. Die Delegierten werden in den Landesbezirken gewählt. Dabei ist die Mitgliederzahl des jeweiligen Landesbezirks ausschlaggebend für die Zahl der Kongressmandate.

Red.

25. ORDENTLICHER
**BUNDES
KONGRESS**
10.-12. NOVEMBER 2014 - BERLIN



GESPRÄCHE

GdP und CDU erörtern NSU-Konsequenzen

Schlussfolgerungen aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses und der Bereich Inneres und Recht im Koalitionsvertrag waren unter anderem Themen eines Gesprächs zwischen Clemens Binninger MdB, Mitglied des Innenausschusses und in der 17. Wahlperiode Obmann der CDU/CSU-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und Prof. Dr. Günter Krings MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages (von links). Die Innenexperten der Unionsfraktion und der GdP-Vorsitzende vereinbarten eine Fortsetzung der Gespräche.

Text und Foto: Holecsek



Ausgleich für Dienst zu wechselnden Zeiten neu geregelt

Zum 1. Oktober 2013 wurde die Erschwerniszulagenverordnung (EZuV) für Bundesbeamtinnen und -beamte geändert. Die bisherige Wechsel-schicht- und Schichtzulage wurde durch die neue Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten ersetzt. Im gleichen Zusammenhang wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2014 auch die Arbeitszeitverordnung (AZV) und die Erholungsurlaubsverordnung (EURV) novelliert.

Die GdP setzt sich seit langem für Verbesserungen bei den Maßnahmen zum Ausgleich für Dienst zu wechselnden Zeiten ein. Gerade vor dem Hintergrund der durch die Dienst-rechtsreform vorgenommenen Erhöhung des Pensionseintrittsalters und der gleichzeitig deutlich gestiegenen Arbeitsbelastung der Beamtinnen und Beamten sind Anpassungen und spürbare Steigerungen bei den Kompensationsregelungen dringend erforderlich.

Im Vorfeld der nun beschlossenen Neuregelungen hat die GdP ihre Forderungen wiederholt gegenüber den zuständigen Bundesministerien für Inneres (BMI) und für Finanzen (BMF) deutlich gemacht. In zahlreichen Punkten hat sich dieser gewerkschaftliche Einsatz für die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten gelohnt.

Künftig orientieren sich alle Ausgleichskomponenten (Erschwerniszulage, Zusatzurlaub, Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit) an der tatsächlichen Belastung und nicht mehr an der starren Voraussetzung eines Wechselschichtdienstes. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen in flexiblen Schichtmodellen mit immer weniger Nachtdienststunden und nicht im tatsächlichen Wechselschichtdienst arbeiten, bedeutet dies eine zu begrüßende Erweiterung des Kreises der Begünstigten. Profitieren werden von der Neuregelung unter anderem Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten sowie Beschäftigte in den Mobilien Kontroll- und Fahndungseinheiten.

Ebenso positiv zu bewerten ist die „spitze“ Abrechnung der Erschwerniszulage. So erfolgt die Abrechnung stundengenau je Monat nach der tatsächlichen persönlichen Belastung durch Nacht- und Wochenendarbeit. Der Umfang des Ausgleichs beziehungsweise die konkrete individuelle Belastung setzt einerseits einen Min-

dest-Wechsel bei den Anfangszeiten der monatlichen Dienste voraus. Danach müssen vier Dienstpaare gebildet werden, wobei ein Dienstpaar aus zwei Diensten besteht, deren Anfangszeiten mindestens sieben Stunden und maximal 17 Stunden auseinander liegen. Andererseits ist erforderlich, dass die Beamtin/der Beamte in dem Kalendermonat, in dem sie/er mindestens vier solcher Dienstpaare aufweisen kann, mindestens fünf Stunden zwischen 20.00 und 6.00 Uhr Dienst geleistet hat.

Die dann zustehende Erschwerniszulage besteht aus drei Bestandteilen: einem Grundbetrag in Höhe von 2,40 Euro je Nachtdienststunde (max. 108 Euro/Monat), einem Erhöhungsbetrag von je 1 Euro für jede Nachtdienststunde zwischen 0.00 und 6.00 Uhr und einem Zusatzbetrag von 20 Euro/Monat, wenn die Beamtin/der Beamte im Kalendermonat mindestens dreimal Wochenend- und Feiertagsdiensten geleistet hat. Insgesamt wird die Höhe der Zulage damit deutlich erhöht. Es gilt: Wer hohe Belastungen trägt, bekommt diese hoch vergütet, wer weniger belastet ist, entsprechend weniger.

Zulage bleibt steuerfrei

Spürbare finanzielle Verbesserungen für die Betroffenen bringen außerdem die Neuregelungen, dass die Polizeizulage nicht mehr auf die Erschwerniszulage angerechnet und auch die Anwärterinnen und Anwärter einbezogen werden. Auf Bestreben der GdP konnte zudem geklärt werden, dass die Zulage auch künftig steuerfrei bleiben wird.

Soweit die Novellierung der Arbeitszeitverordnung auch weiterhin die Anrechnung von Pausen auf Arbeitszeit garantiert und die neue Erholungsurlaubsverordnung eine Erhöhung des Zusatzurlaubs für flexible Schicht-



BRUNOX®
Waffenpflege ist
 - Lauffreinigung
 - Korrosionsschutz
 - und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
 BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
 Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
 Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
 Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover
Chefärzt: Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leisten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten Einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
 Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenkassenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pf@pyrmont.ahg.de

Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont

Archehof, Bombesgalerie 33, 31852 Bad Pyrmont

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



dienste und vergleichbar belastende Dienste von maximal vier auf max. sechs Tage/Jahr sowie zusätzliche Urlaubstage für ältere Beamte vorsieht, wird dies seitens der GdP ebenfalls begrüßt.

Bringen die Änderungen der EZuLV, der AZV und der EUrlV auch für viele Kolleginnen und Kollegen teilweise erfreuliche Verbesserungen, so drohen leider gleichzeitig empfindliche Verschlechterungen bei der Gewährung von Zusatzurlaub und der Ruhepausenanrechnung. Die von der Bundesregierung verbreitete Meldung über einen „verbesserten Belastungsausgleich für Bundesbeamte und Soldaten“ durch wechselnden Dienst zu Nachtzeiten und an Wochenenden würde so in der Praxis ins Gegenteil gekehrt werden.

Insbesondere zwei Regelungen sind für die GdP nicht hinnehmbar. Zum einen geht es um die Geltung des sogenannten Ausfallprinzips für den Zusatzurlaub und die Pausenregelung. Werden wegen Urlaub oder Krankheit die Voraussetzungen der vier Dienstaare oder der 35 Nachtdienststunden nicht erfüllt, so entfällt nach den Neuregelungen und der derzeitigen Rechtsauffassung des BMI der Anspruch auf die Zahlung einer Zulage nach Paragraph 17a EZuLV. Sind die Voraussetzungen des Paragraphen 17a EZuLV nicht erfüllt, entfallen für Zeiten des Wechselschichtdienstes vor und nach einem Erholungsurlaub, einer Erkrankung oder einer Fortbildung auch die Ansprüche auf Zusatzurlaub und auf Ruhepausenanrechnung.

Die GdP fordert, dass in solchen Fällen das „Ausfallprinzip“ (vgl. BVerwG, Urteil vom 27.10.2011, Az.: 2 C 73.10) zur Anwendung kommen muss. Danach würden Nachtschichten, die der Beamte wegen Erholungsurlaub, Krankheit oder Fortbildung nicht absolviert hat, bei der Berechnung des Nachtschichtpensums für die Gewährung der Schichtzulage (Paragraph 17a EZuLV) beziehungsweise für die Erfüllung der Voraussetzungen zum Erwerb des Anspruchs auf Zusatzurlaub (Paragraph 12 EUrlV) und auf Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit (Paragraph 5 Abs. 1 AZV) wie Dienstzeiten berücksichtigt.

Zum anderen vertritt das BMI die Auffassung, dass „Pausen unter Bereithaltung“ als Ruhepausen gelten würden, die (außer bei Erfüllung der Voraussetzungen des Paragraphen 17a

EZuLV und zusätzlich mindestens 35 Nachtdienststunden/Monat) nicht auf die Arbeitszeit anzurechnen sein. Für die GdP ist hingegen klar, dass die vor allem im operativen Polizeidienst vorkommenden Anweisungen zur Dienstbereitschaft während der Pause (Paragraph 5 Abs. 4 Satz 1 AZV) keine echten Ruhepausen im Sinne des Paragraph 5 Abs. 1 AZV, sondern vielmehr generell als Arbeitszeit anzusehen sind.

Die GdP setzt sich derzeit verstärkt für eine Umsetzung dieser Forderungen und die entsprechende Korrektur der beiden Verordnungen ein. Dazu hat sich die GdP – in enger Allianz mit dem DGB – wiederholt direkt an den verantwortlichen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gewandt. Parallel wird mit der GdP-Aktion „Klaut uns nicht unsere Zeit!“ möglichst großer öffentlicher Druck hergestellt, um zu einer Änderung der Verordnungen zum Zusatzurlaub und der Pausenanrechnung zu kommen.

Dieser entschlossene Einsatz scheint erste Wirkung beim BMI zu zeigen. So will man dort prüfen, „ob die geltenden Pausenregelungen für die operativen Vollzugsbereiche durchgehend sachgerecht sind oder ob zu Neubewertungen der bestehenden Rechtslage Veranlassung besteht.“ Die GdP wird das weitere Verfahren gewohnt aufmerksam und kritisch begleiten.

Zudem stehen in näherer Zukunft auch auf Länderebene Anpassungen beziehungsweise Veränderungen der jeweiligen Erschwerniszulagenverordnungen an.

Die GdP-Bundesgeschäftsstelle (Tel. 030/399921-126; E-Mail: christian.hoffmeister@gdp.de) bietet den Kolleginnen und Kollegen in den GdP-Landesbezirken und Bezirken hierbei im Bedarfsfall gern ihre kompetente fachliche Unterstützung an!

Christian Hoffmeister,
Referent Beamtenpolitik

DEBATTE

Aus der Seele geschrieben

Respektlosigkeit, Beleidigungen, Machtkämpfe – die offenen und deutlichen Worte der Bochumer GdP-Kollegin Tania Kambouri, über ihre teils schmerzlichen Erfahrungen mit straffälligen Migranten in ihrem alltäglichen Dienst (abgedruckt auf Seite 2/3 der DP-November-Ausgabe 2013) haben ein überwältigendes Echo an weiteren Leserreaktionen ausgelöst. „Aus der Seele geschrieben“, „Gratulation“, „Super“, so einige wenige auf den Punkt gebrachten durchweg zustimmenden Meinungen. Auch die Autorin selbst erhielt unmittelbare Reaktionen. Schon einen Tag nach der Veröffentlichung füllte sich ihr E-Mail-Postfach mit positiven Kommentaren aus der nordrhein-westfälischen Kollegenschaft. Aufgrund der Fülle der Zuschriften veröffentlicht DEUTSCHE POLIZEI in dieser Ausgabe eine Zusammenfassung eingegangener Äußerungen:

Frank Steinicke, Kollege im 43. Dienstjahr, hat den Leserbrief „mit Freude gelesen“. Die Schilderung könne er absolut bestätigen. Es gebe jedoch einiges, so der erfahrene Beamte, der zwischenzeitlich mit Kollegin Kambouri Kontakt aufgenommen hatte, was die Kolleginnen und Kollegen der Basis tun könnten, „um die Probleme erträglicher zu machen“.

„Dieser sachlich verfasste Artikel sollte jedem(r) Politiker(in) gleich welcher Couleur nicht nur zur Kenntnis gelangen, sondern von ihm(r) einmal

wöchentlich auf dem Marktplatz seines (ihres) Wohnortes ohne Verwendung einer Verstärkeranlage für Jedermann unüberhörbar und deutlich verständlich vorgetragen werden“, fordert Peter Haupt, Erster Polizeihauptkommissar a. D. Die Ausführungen der jungen Kollegin empfinde er als geradezu beschämend. Diese Sätze müsse man „mal ruhig auf sich einwirken lassen“. Nur so seien deren Aussagekraft und Bedeutung überhaupt erst richtig zu erfassen. Haupt: „Wie tief muss die Enttäuschung über



unsere Gesellschaft sein, dass man einen derartigen Hilferuf formuliert?“ Spürbar jedoch, und das stimme ihn hoffnungsvoll, sei aber auch der Wille sich dagegen zu stemmen, „um das Gemeinwohl zu erhalten“. Das zeige, dass es noch nicht zu spät sei.

Probleme offen und ehrlich ansprechen

Jesper Theis, Bremer Polizeikommissar, findet es „super, dass sie ihrem

ganz offensichtlich und tatsächlich mit manchen Migranten haben, wir nicht offen und ehrlich ansprechen können und dürfen!“

Gerhard Lehnert von der Bundespolizei in St. Augustin (bei Bonn) fordert, dass „endlich mal ein Zeichen der Politik und der obersten Strafbehörden erfolgt, um uns und allgemein der Polizei den Rücken zu stärken.“ Beleidigungen und noch schlimmere Anfeindungen gegen die Kolleginnen und Kollegen würden sonst weiterhin Überhand nehmen. Endlich habe mal

jemand ausgesprochen und mitgeteilt, was sehr viele Kolleginnen und Kollegen im Umgang mit den straffälligen Migranten

dächten. Zu bedenken gibt er, dass der Polizeiberuf für Bewerber womöglich zunehmend unattraktiv und zu gefährlich erscheine, „da die Gesundheit eines jeden zu sehr aufs Spiel gesetzt wird“. Es müsse endlich ein Umdenken und konsequenteres Handeln mit Strafen erfolgen. Ansonsten blieben wir „Spielball und Lachnummer zugleich und wir müssen uns weiterhin auslachen, beleidigen und bespucken lassen“, prophezeit er.

Hubert Bauer aus dem bayerischen Waldsassen sieht in Kambouris Leserbrief die Realität in diesem Lande prägnant beschrieben. Sie habe zumindest 90 Prozent der Polizeibeamtinnen und -beamten Deutschlands aus der Seele geschrieben. Auch Bauer sieht die Gefahr mit solchen Äuße-

rungen „in die rechte Ecke“ gestellt zu werden. Daher sei es bezeichnend, „dass dies eine Polizistin mit Migrationshintergrund tun muss und darf“. Eine personell völlig an die Wand gefahrene Polizei, allein gelassen von Politik und Justiz, so der bayerische Kollege, täglich provoziert, beleidigt, geschlagen und bespuckt durch den Staatsbürger, egal ob deutsch oder ausländisch: Jeder wisse doch, dass er sich in Deutschland all das erlauben könne, was in anderen Ländern nicht gehe. Bauer: „Dies zeigt mir wiederum, wie wichtig es ist, in einer Gewerkschaft Mitglied zu sein, denn man hat hier eine öffentliche Plattform, um Missstände öffentlich zu machen und ein Sprachrohr, in Form der Gewerkschaft, für unserer Anliegen.“

Geht's noch

Alexander Mauel begegnet Kollegin Kambouri mit Dank und Respekt. „Wenn wir als Polizeibeamte tagtäglich gegen das respektlose Verhalten von straffälligen Migranten ankämpfen und in der Folge uns stets für das gesetzmäßige Handeln rechtfertigen müssen, führt dies auf Dauer unweigerlich zur Nachdenklichkeit über den Beruf des Polizeibeamten.“ Die von diesem Personenkreis mit Füßen getretenen (demokratischen) Regeln, des von ihnen selbst frei gewählten neuen Heimatlandes, würden häufig in der Folge durch die Justiz so gemildert, dass der Polizeibeamte sich die Frage stellt: „Geht's noch?“ Unter anderen die Vielfalt sei es, die demokratische Länder so interessant machten. Genau aus diesem Grund seien aber die dort geltenden Regeln auch zu respektieren und akzeptieren. Mauel weiter: „Wem das allerdings nicht gefällt, der kann sich anders entscheiden und abwandern.“

Ein nordrhein-westfälischer Kollege, dessen Name der Redaktion bekannt ist, aber in DP nicht genannt werden soll, schreibt: „Lange habe ich mir überlegt, ob ich mich zu dem Thema äußern soll, da ich es schon fast für gefährlich halte, dass hier schonungslos ‚Klartext‘ gesprochen wird. Aber es ist richtig!“ Er prangert als Schuldigen für die geschilderten Zustände einen jahrelangen Kuschelkurs mit schon fast krankhaften Zügen an, „der bei diesem Personenkreis wohl eher als absolute Schwäche und Unfähigkeit gesehen wird“. Staatsanwaltschaft, Gerichte, Ausländeramt, Jugendamt,



Ärger so Luft macht!“ In der Hansestadt sehe es genauso aus. Keiner, so kritisiert Theis, habe den Mut etwas zu sagen oder die Zustände zu beklagen. In seinem Leserbrief deutet der Kollege Befürchtungen an, dass notwendige Diskussionen oft mit dem Verweis auf die deutsche Vergangenheit unterbunden werden. Doch, das könne nicht bedeuten, „dass Probleme, die wir jetzt



DIE BEKÄMPFUNG DES WOHNUNGSEINBRUCHS

Ein Lehr- und Studienbrief für die Polizei

Von **Frank Kawelovski**



1. Auflage 2013

Umfang: 144 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90€ [D])

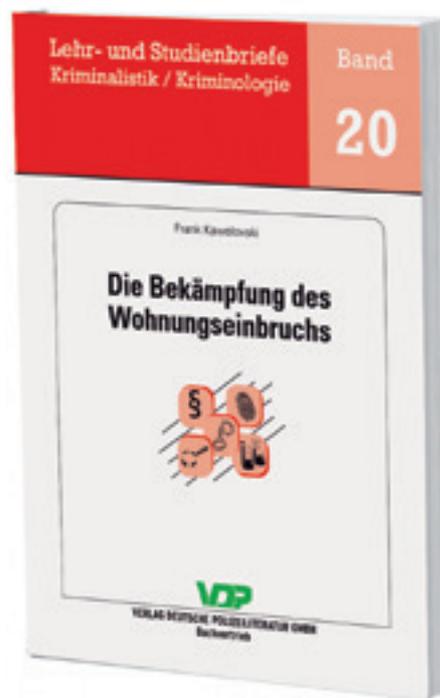
ISBN 978-3-8011-0718-5

VDP eBook

Format: EPub, Mobipocket

Preis: 12,99 € [D]

Dieser Studienbrief widmet sich dem Wohnungseinbruchsdiebstahl und seiner Bekämpfung durch die Polizei. Im ersten Teil beleuchtet der Autor wer die Täter sind, wie sie planen, fühlen und handeln. Im zweiten Teil erörtert er die Maßnahmen, die Polizeibeamte ergreifen können, die mit dem Delikt Wohnungseinbruch befasst sind. Dabei beschränkt er sich nicht auf eine kataloghafte Darstellung aller erdenklichen kriminaltaktischen und -technischen Maßnahmen. Er wirft vielmehr ein kritischer Blick darauf, was sich in der Vergangenheit bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs als wirksam und was als weniger wirksam erwiesen hat. Zwar stößt die Polizei hier in vielerlei Hinsicht an ihre Grenzen. Dennoch gibt es Erfolg versprechende Maßnahmen bei der Einbruchsbekämpfung, die zum Teil jedoch wenig verbreitet sind. Diese stärker in den Focus der Betrachtung zu stellen und damit einen Beitrag zu verbesserten Aufklärungsquoten zu leisten, ist ein erklärtes Ziel des Autors.



DER AUTOR

Frank Kawelovski, Jahrgang 1960.

1980 Eintritt in die nordrhein-westfälische Polizei. 1989 Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt,

1995 – 2012 Autor mehrerer Bücher und Fachartikel zu polizeiwissenschaftlichen und kriminologischen Themen,

1995 – 2010 nebenamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Gelsenkirchen in den Fächern Kriminologie und Kriminaltechnik.

Seit 2007 hauptamtlich Sachbearbeiter für Einbruchsdiebstähle bei der Essener Kriminalpolizei.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270

vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Politik sollten gemeinsam nur noch die Linie „Zero-Tolerance fahren und „nicht wieder sofort in die Duckmäuser-Stellung gehen, wenn etwas nicht rund läuft“. Ein integrierter Marokkaner habe ihn im Dienst mal angesprochen. Er könne es nicht verstehen, dass die Polizei diese tagtäglichen Unverschämtheiten der Ausländer toleriere. Wenn man in seinem Heimatland einen Polizisten nur provozierend anschaute, würde man sich am nächsten Tag nicht mehr im Spiegel wiedererkennen. Es sei oft die einzige Sprache, die seine Landsleute verstünden. „Heutzutage bin ich im Dienst zwar weiterhin höflich, aber auch sehr bestimmt.“

Frank Redick gratuliert Kollegin Kambouri zu dem mit ihren Äußerungen verbundenen Mut. DEUTSCHE POLIZEI hält er zugute, dass viele Zeitungen diesen Brandbrief erst gar nicht veröffentlicht hätten, „da diese Gesellschaft, beziehungsweise die Funktionäre der Politik mit so viel Wahrheit schlicht weg überfordert gewesen wären.“ Da werde man schnell geächtet. Die gute Arbeit der Polizei sieht er indes von Justiz und Politik nicht gewürdigt. Er schlägt weiterhin vor, den Leserbrief der Bochumer Kollegin nach „Draußen“ zu kommunizieren. Die Bürger sollten auch erfahren, „wie es in unserer Multi Kulti Welt aussieht und wie sich die Kolleginnen und Kollegen draußen fühlen“.

Ludwig Weinberger zollt der Kollegin für ihren Beitrag Respekt. „Endlich sagt mal jemand in einem öffentlichen Forum, was fast schon ein Tabu-Thema bei der Polizei ist.“ Es handele sich aber um keine Einzelmeinung. Er könne sich „sehr gut vorstellen, dass tausende Kollegen bundesweit die Ansichten der Kollegin Kambouri teilen“. Leider gebe es zu diesem, gewiss sensiblen Thema, viel zu wenig oder fast keine Unterstützung für die Polizistinnen und Polizisten seitens der Politik. Wer Gast in unserem Land sei und sich nicht an Regeln und Gesetze hielte, „dem müssen ganz klar Grenzen aufgezeigt werden“. Wenn man ungestraft „A.C.A.B.“ (ALL COPS ARE BASTARDS) auf Mauern und Wände schmieren oder auf einem T-Shirt öffentlich zur Schau tragen könne, „dann kann man nur noch sagen: Armes Deutschland“.

Matthias Ferring hält es für entscheidend, dass alle Kolleginnen und Kollegen und insbesondere die Vorgesetzten nach einem so geschilderten ablehnenden und beleidigenden Verhalten nicht zur Tagesordnung übergeben. Bei jeder

Personalienfeststellung bei der sich der „Machomuslim“ von einer Kollegin abende und sich beleidigend verhalte, sollte dieser Sachverhalt auf Papier geschrieben und nachbereitet werden. Gewalt gegen Polizeibeamtinnen fange genau da an, „wo sie beleidigt, missachtet und folglich diskriminiert werden“. Aus taktischen Erwägungen mag es richtig sein, sich zunächst zurück zu ziehen, doch müsse sich keine Polizistin patzig anschreien lassen – und zwar von keinem Menschen, ob Türke oder Deutscher. „Wer Frauen missachtet und beleidigt, hat ein in der Tendenz extremistisches Weltbild.“ „Machomuslime“ seien Vorbilder. Schon im Kindesalter sei beleidigendes Verhalten feststellbar.

Vom Echo überwältigt

Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI zieht auch Tania Kambouri eine erste Bilanz: „Nachdem die Novemberausgabe der Deutschen Polizei veröffentlicht wurde und ich das erste Mal nach Erscheinen wieder Dienst hatte, öffnete ich meinen Email-Account und war verwundert über die vielen eingegangenen E-Mails von unbekanntem Kollegen. Als ich diese las, war ich überwältigt und sehr berührt über die

netten und aufmunternden Worte, die die Kollegen mir aufgrund meines Leserbriefs geschrieben hatten. Die Mails waren durchweg positiv. Die Kollegen schrieben mir unter anderem, dass ich ihnen aus der Seele gesprochen und den Nagel auf den Kopf getroffen hätte. Sie bedankten sich für die ehrlichen und mutigen Worte. Zuschriften erhielt ich sowohl von Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, als auch aus anderen Bundesländern, von Kollegen aus sämtlichen Bereichen der Polizei. Als meine Vorgesetzten von meinem Brief Kenntnis erhielten, wurde ich zu dem einen oder anderen Gespräch gebeten. Die Gespräche waren überwiegend positiv und Rückhalt und Unterstützung wurden mir angeboten. Auch hatte die „Bild-Zeitung“ von meinem Brief erfahren und wollte darüber berichten. In Absprache mit der Behörde lehnten wir dies zu meinem Schutz ab. In den darauf folgenden Tagen sprachen mich bekannte und unbekanntem Kollegen aus meiner Inspektion und auch aus anderen Organisationseinheiten an und dankten mir. Ich wollte mit meinem Brief meine Meinung kundtun und habe nicht mit solch überwältigenden positiven Reaktionen aus ganz Deutschland gerechnet. Dafür danke ich allen Kollegen von ganzem Herzen und wünsche ihnen alles erdenklich

INNENMINISTERKONFERENZ

GdP begrüßt zusätzlichen Schutz der Polizei vor Gewalt

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt das Vorhaben der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), den Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten vor körperlichen Angriffen zu verbessern. Damit seien die Innenminister auf eine seit vier Jahren erhobene Forderung der GdP eingegangen, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow gegenüber der Presse: „Das wird auch höchste Zeit. 32.000 Fälle von Gewalt gegenüber der Polizei und 60.000 verletzte Einsatzkräfte im vergangenen Jahr sind ein unerträglicher Zustand.“ Zudem unterstütze seine Organisation, so Malchow weiter, die Chefs der Innenressorts, die sich Anfang Dezember im nieder-

sächsischen Osnabrück trafen, darin, sowohl die „Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, als auch die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den bereits erhöhten Strafraumen für Angriffe auf Vollstreckungsbeamte so zu verändern, dass auch die unvermittelte Attacke im allgemeinen Polizeidienst strafbar wird“. Fünf Prozent mehr Gewalttaten gegenüber Polizisten und zehn Prozent mehr verletzte Polizistinnen und Polizisten spiegelten Entwicklungen wider, die nicht zu akzeptieren seien. Schon seit Jahren fordere die GdP von der Politik einen stärkeren Rückhalt für die Arbeit der Polizei. Malchow: „Die Politik muss jetzt zeigen, dass sie hinter den Polizeibeamten steht.“



THEMA STRASSENVERKEHR

Fahrerlaubnisrecht

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**

4. Auflage 2013

Umfang: 552 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

Preis: 29,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0685-0

Das vorliegende Werk kombiniert die Anforderungen insbesondere der neu akkreditierten Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Die Neuauflage stellt auf das seit 19.01.2013 geltende Fahrerlaubnisrecht ab, umfasst jedoch auch die Besitzstandsregelungen der alten Fahrerlaubnisverordnung. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen sowie ausführlichen Fußnotenverweisen auf einschlägige Quellen in Literatur und Rechtsprechung behandelt der Autor umfassend die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, unterrichtet seit 16 Jahren als Lehrbeauftragter (von 2002 – 2006 und seit 2008 als hauptamtlicher Dozent) an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln das Fach Verkehrssicherheitsarbeit.

Großraum- und Schwertransporte

Grundlagen für die polizeiliche Praxis

Von **Thomas Andres**, und **Klaus Peter Leg**

3. Auflage 2012

Umfang: 232 Seiten / **Format:** DIN A5 Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0676-8

Ausgehend von dem zentralen Thema „Abfahrtskontrolle“ und an Hand zahlreicher Praxisbeispiele ermöglicht dieses Buch einen schnellen Einstieg in das Themengebiet. Insbesondere durch die Darstellung der einzelnen Bestandteile der Genehmigungen und der Erlaubnis gibt es unverzichtbare Informationen für die Begleitung von Großraum- und Schwertransporten durch die Polizei. Weiterhin finden sich die notwendigen Erklärungen zur eigentlichen Begleitung und zu besonderen Transporten. Ebenso anschaulich wird der Bereich der Ordnungswidrigkeiten und Straftaten beschrieben. Eine Vielzahl von Bildern, Tabellen, Übersichten und Checklisten stellen dabei den unverzichtbaren Praxisbezug her.



DIE AUTOREN

Thomas Andres, Polizeioberkommissar, ist seit 15 Jahren in der Verkehrsüberwachung eingesetzt und seit 13 Jahren als Referent an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes tätig.

Klaus Peter Leg, Polizeikommissar, derzeit tätig bei der Verkehrspolizeiinspektion Saarbrücken. Zudem seit mehreren Jahren als Referenten an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes im Bereich der Fortbildung tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270

vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

INNENMINISTERKONFERENZ

Die zunehmenden Angriffe auf Polizeibeamte sind nicht zuletzt ein Ausdruck zunehmender Staatsferne und der Ignoranz von Recht und Gesetz.“ Dem Autoritätsverlust der Polizei müsse Einhalt geboten werden, sagte der GdP-Chef.

Malchow lobte die Erkenntnis des mecklenburg-vorpommerschen Innenministers Lorenz Caffier, der die Innenminister der Länder aufforderte, angesichts des immer größer werdenden Aufgabenkatalogs und der zunehmenden Gefährdung den Personalabbau in Bund und Ländern zu stoppen. „Wir versichern Minister Caffier, dass die GdP bei dieser Forderung voll hinter ihm steht“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende. **Red.**



Pressekonferenz: (v. l.) Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, IMK-Vorsitzender und niedersächsischer Innenminister Boris Pistorius und Ressortkollege Lorenz Caffier aus Mecklenburg-Vorpommern stellen sich zum Abschluss der Konferenz den Fragen der Journalisten. **Foto: Holecsek**

SICHERHEIT

Reiche und Mächtige auf Reisen – dankbare Beute für Karten-Jäger

Die Wirtschaftsspionage ist kein Phänomen der Neuzeit: Im Jahr 389 soll ein Gewürzhändler eine Rezeptur zur Herstellung von Papier aus dem arabischen Andalusien nach Europa geschmuggelt haben. Wenige Jahre später sei, so der „Spiegel“, hierzulande die erste Papiermühle entstanden. Spione der Informationsgesellschaft müssen sich nicht mehr mühsam auf Pferden über tausende Kilometer zum Objekt der Begierde begeben; sie warten darauf, bis das anvisierte Ziel zu ihnen kommt. Am besten in Person des Chefs, denn wer ihn anzapfen kann, hat die Burg gleichsam im Sturm erobert.

Ein Lied davon hat Dave de Walt, Chef des Virenjägers McAfee, 2009 der „Wirtschaftswoche“ gesungen: „Vergangenen Sommer war ich mit meiner Familie in Europa und habe E-Mails, angeblich von meiner Bank, bekommen. Da ich nicht im Land sei, sollte ich meine Kreditkartendaten bestätigen, um sie nutzen zu können. Die Mail war natürlich gefälscht. Ich frage mich nur, woher wussten die Absender, bei welcher Bank ich bin und dass ich mich im Ausland aufhalte?“

Er hätte also eine Menge Geld verlieren können. Viel schlimmer aber wäre es gewesen, wenn die Angreifer auf diese Weise nicht nur Zugriff auf sein mobiles Endgerät, sondern darüber auch Zugang zu den Firmenservern bekommen hätte. Schließlich hätten die Kriminellen dann mit den gleichen



Rechten auf die Kronjuwelen des Unternehmens zugreifen können wie der Chef selbst.

Schlecht gesicherte Server

Das Unheil droht schon, bevor sich der Reisende überhaupt auf den Weg macht – im Reisebüro: Im Frühjahr

wurde von einem „Kreditkartendaten-Leck“ bei der Firma „Traveltainment“ in Würselen berichtet. Das Unternehmen in Nordrhein-Westfalen wickelt Buchungen nicht nur für Reiseportale wie lastminute.de, weg.de oder Expedia ab, sondern auch für 11.000 weitere Reisefirmen im ganzen Land.

Wie viele Kunden betroffen sind, ist nicht bekannt. Genauso unbekannt ist, welche Daten abhanden gekommen sind. Denkbar ist, dass die Angreifer neben den Kreditkartendaten Namen, Adressen, Reisezeit und -ziel sowie die Unterkunft ergattern konnten.

Löchrig ist auch der weitere Weg zum Reiseziel: Unister, die Betreibergesellschaft von „ab-in-den-urlaub.de“, soll seine Server so schlecht gesichert haben, dass Unbekannte an Kundendaten herankamen und die Kreditkartenfirmen Visa und Mastercard mit „hunderttausenden“ betrügerischen Abbuchungen zu kämpfen hatten, berichtete „Computerbild“.

Mit derlei Schwierigkeiten hatte auch die Deutsche Bahn bereits zu kämpfen: Im elektronischen Ticketssystem „Touch & Travel“ sind dem „Spiegel“ zufolge 2011 nach der persönlichen Anmeldung Kundendaten



SICHERHEIT

für nachfolgende Nutzer sichtbar gewesen. Ähnlich scheint es bei der Fluggesellschaft Austrian Airlines zuzugehen. Mit so schlecht gesicherten Kreditkarten-Daten konnte eine frühere Mitarbeiterin von American Airlines für 480.000 US-Dollar einkaufen gehen.

Zahlreiche Unternehmen betroffen

Wer nun auf Entspannung hofft, nur weil er endlich im Hotel angekommen ist, hat sich geschnitten. So scheint die Hotelgruppe Wyndham – in Deutsch-

land mit ihrer Kette „Ramada“ bekannt – Datensandale abonniert zu haben: Zwischen 2008 und 2012 hat die Kette angeblich bei fünf verschiedenen Gelegenheiten über 500.000 Kundendatensätze verloren. Betroffen waren aber auch schon die Starwood-Kette – speziell das Sheraton im hessischen Frankfurt – und die Lufthansa. Gut die Hälfte der drei- bis fünf-Sterne Hotels schlampen nach Meinung von Sicherheitsexperten, wie das „Handelsblatt“ erfahren haben will.

Vorsicht ist auch an der Ladenkasse nobler Uhren- und Schmuckhändler geboten: Die US-Niederlassung vom Luxus-Chronometer-Hersteller Cartier

musste den Behörden im Februar dieses Jahres beichten, dass ein Mitarbeiter einen Computer mit Kreditkartendaten von 13 Kunden im Taxi verloren hatte. Da man für solche Schmuckstücke fix sechsstelligen Euro-Beträge los wird, kann sich auch das Plündern dieser wenigen Kunden lohnen. Ähnliche Schwierigkeiten sollen auch die Kunden von Golfplätzen, Kosmetikhändlern, Luxusautoherstellern und Schönheitskliniken haben.

Die Wahrscheinlichkeit, in den Kundendatenbanken von derlei Unternehmen auf besonders fette Beute zu treffen, ist groß. Die Angestellten edler Luxusrestaurants aber wollten ganz sicher

Reise & Erholung



watercraft
rafting canyoning stand

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-ooe.at
www.rafting-ooe.at
Telefon: 0943 333 6721

THAILAND www.royalsiamgolf.de
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Waging am See (Oberbayern)
Bauernhof, Pony's, komf. Fewos****
Tel. 08681/522, www.hirhof.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
Ferienchalet Heidehof
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers.
in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,
Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein,
Tel.: 03 58 44/7 27 23.
www.heidehof-jonsdorf.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de



Winterpauschale
1 Woche Halbpension + 6 Tage Skipass ab 591 €
Nur 2 Gehminuten von der Bergbahn See, 4 Gang Menü,
Gala Dinner, Hüttenzauber, Rodelabend, Skiservice,
Gästekindergarten, Wellness und neue Gartensauna
Super Kinderermäßigung; Neue Hotelzimmer „Alpinstyle“

Hotel Post * · Fam. Handle**
A-6553 SEE
Tel. +43-5441-8219 · Fax +43-5441-8219-4
www.postsee.at · info@postsee.at

Sommerpauschale
„All in One“
gültig vom 19.6. bis 30.9.2014

1 Woche Halbpension + Silverttcard ab 315 €
Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis,
Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour,
gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool,
gratis WLAN und Mountainbikeverleih.
Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!
Neu: Badesee und Freizeitanlage

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,
50–90 m², für 2–6 Pers., ab 35 €/Tag,
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-
rem Schwarzwaldtal viele interessante
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger
Wasserfälle) in nächster Umgebung
und **Natur pur**. Hausprospekt unter
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei,
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/
WC/TV, HP 5 Tage ab 155,- €. Tel. 0 95 35/
2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.



Individualle Programme,
Zusammenstellung und Betreuung
Basis im Dorf Kern am Wasser
mit Chi-Out Wiese für
gemächliches Bierchen am Abend
Eigene Zentrale an der Basis
Besuch der weltbekannten
Ara 21

Telefon: 0943 333 6721
E-Mail: office@watercraft.at
www.watercraft.at

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 78,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de



Gardasee – Ferienhaus

Herrliche Lage, traumhafter Seeblick,
mitten im Naturpark „Alto
Garda“, eig. Garten, große
Terrasse, 2 komfort. Whng.
komplett einger. (Sat-TV,
Kü./Bad/Zentr.-Heiz.).
Wellness können wir Ihnen
nicht bieten aber ital.
Ambiente und eine Traum-
landschaft f. Wanderer,
Biker u. Surfer, Baden im
See.
Sie wären nicht der Erste,
der immer wiederkommt.
Für Polizei u. Angehörige
bis **15% Rabatt**.
Hausprospekt unter:
Tel.: 0821-9069042 oder
08231-88369
Mail: ru-ho@t-online.de
www.casa-bellavista-ferienhaus.de



gehen: American Express vergibt eine „Centurion“-Karte an erlesene Gäste, die zuvor über Jahre hinweg Umsätze in Höhe von mindestens 250.000 Dollar generiert haben. Der durchschnittliche Inhaber einer solchen Karte verfügt über ein Vermögen von 16 Millionen und ein Jahreseinkommen von einer Million Dollar. Die Bezirksstaatsanwaltschaft Manhattan klagte 21 Mitarbeiter dieser Restaurants an, weil sie mindestens 50 Centurion Karten ihrer Gäste illegal kopiert und damit Handtaschen, Juwelen und Kunstgegenstände erworben haben sollen.

Verdeckter Ermittler agiert als scheinbarer Käufer

Die Aussicht auf hohe „Erträge“ treibt die Preise. Daten von Standardkarten wurden im Jahr 2010 im Stapel zu je 10 Stück für 50 US-Dollar gehandelt, Gold- und Platinum-Karten, für

Käufer war ein verdeckter Ermittler der US-Behörde. Das gesamte Kreditlimit dieser Karten soll knapp eine Milliarde Dollar betragen haben.

Nach Erkenntnissen des Sicherheitsspezialisten Trustwave verliert der Einzelhandel fast die Hälfte (45 Prozent) aller Kreditkarten-Daten, gefolgt von den Gaststätten (24 Prozent) und Herbergen (9 Prozent). Alle Statistik wird jedoch Makulatur, wenn die Kreditkarten-Unternehmen selbst versagen: 2005 ließen Visa und American Express ihren Dienstleister Card-Systems Solutions fallen, nachdem dieser einen Abfluss von 40 Millionen Datensätzen eingestehen musste. Es war der größte bekannte Diebstahl von Kreditkartendaten – bis zu diesem Zeitpunkt. Mittlerweile ist diese Dimension bei weitem übertroffen. 2009 soll Albert „Segvec“ Gonzalez 130 Millionen Kreditkarten-Daten bei dem Datenverarbeiter Heartland Payment Systems abgeräumt haben. Der Fach-



Foto: Erwin Wodicka/ddp

von Kreditkarten höher, sondern auch die Hotelresore voller, die Yachten schöner und die – verlassenen – Eigenheime besonders lohnend. Manchmal ist Beutemachen genauso einfach wie Spaziergehen: Im Juli schrieb der „Miami Herald“ über einen zunächst Unbekannten, der in ein Hotelzimmer ging, in dem ein Zimmermädchen ihrer Arbeit nachging. Der Unbekannte hätte eine Hotelkarte dabei gehabt und behauptet, dies sei das Zimmer seiner Mutter. Kurz nachdem das Zimmermädchen den Raum verlassen habe, sei auch der vermeintliche Sohn verschwunden, inklusive 1.800 Dollar in bar sowie Schmuck im Wert von 10.000 Dollar, einem Tablet-PC und einem Geldbeutel der Marke Chanel. Freude hatte der Täter aber dennoch nicht lange mit seinem Raub, Tage später soll er verhaftet worden sein.

Werden die Zimmertüren nicht vom Personal geöffnet, müssen sich die ungebetenen Gäste eben selbst helfen: Im vergangenen März wurde ein 44-jähriger Franzose in einem Hamburger Ibis Hotel festgenommen. Zuvor war er mit einer Überwachungskamera dabei beobachtet worden, wie er in diverse Hotelzimmer eindrang. Anschließend soll Bargeld gefehlt haben. Wie der mutmaßliche Einbrecher in die Zimmer gelangen konnte, wurde nicht berichtet. Seit längerem ist jedoch bekannt, dass umgebaute Filzstifte zu genügen scheinen, um elektronische Türschlösser der Marke Onity HT in Sekundenbruchteilen zu überlisten, wie ein Video beweist. Diese Schlösser sollen weltweit vier Millionen Mal verbaut worden sein.



Foto: ddp

die ebenfalls bestimmte Umsatzvolumina notwendig sind, waren 80 und Firmen-Karten 180 US-Dollar wert. Die Preisunterschiede erklären sich aus den Kreditlimits – bei Firmen-Karten kann das Letztere bei mehreren Millionen liegen.

Kleinvieh macht aber auch Mist – man muss nur genug davon zusammentragen: Im Mai 1997 hat die US-Bundespolizei FBI Carlos Felipe Salgado, Jr. bei dem Versuch festgenommen, eine CD-ROM mit Daten von 100.000 Kreditkarten für 260.000 Dollar zu verkaufen. Salgado's Pech: Der scheinbare

dienst bankinfosecurity.com hat eine Liste mit 650 Banken erstellt, deren Kunden Gonzalez zum Opfer fielen. Das Magazin schätzt aber, dass die Anzahl tatsächlich betroffener Institute etwa fünfmal so groß sein dürfte.

Skrupellose Diebe

Lumpen lieben Luxus. An dieser Erkenntnis hat auch die Digitalisierung nicht gerüttelt. Daher sollten sich die Reisenden 1. Klasse vorsehen – schließlich sind da nicht nur die Limits

Kette von Hotelzimmer-Einbrüchen

Die Hotelgruppe Hyatt sah sich im vergangenen November bereits als



SICHERHEIT



Foto: ddp

Opfer einer Kette von Einbrüchen, bei der die Onity-Schwäche ausgenutzt worden sein soll. Das Magazin Forbes berichtete im Mai, „mehr als neun Monate“ nachdem der Hersteller eine

Lösung zum Ausmerzen der Schwachstelle präsentiert habe, hätten Diebe immer noch auf diese Weise in das Zimmer einer 27-jährigen Frau eindringen können. Weitere Einbrüche soll es bei acht anderen Hotelketten gegeben haben, unter anderem bei Holiday Inn und Marriott.

Der nächste Sicherheits-Placebo wartet nur wenige Meter von der Zimmertür entfernt auf den Gast und nennt sich Hotelsafe. Das Fachmagazin Heise zeigt in einem Video, wie man einen solchen Tresor öffnen kann, ohne die Nummer zu kennen, die der Gast zuvor definiert hat. Der Trick: Für die Vergesslichen erhält das Hotel vom Hersteller des Tresors einen „Mastercode“, einen Joker, der immer funktioniert. Diese Chef-Zauberwörter sind, so Heise, in den Installationsanleitungen enthalten und diese wiederum seien im Internet auffindbar.

Auf „tripadvisor.com“ finden sich Tausende Berichte, in denen die Autoren behaupten, sie seien auf diese Weise um ihre Wertsachen gebracht worden. 2011 verurteilte der Österreichische Bundesgerichtshof nach Angaben des „International Forum for Tra-

vel and Tourism Advocates“ (IFTTA) ein vier Sterne Hotel zum Ersatz eines Schadens in Höhe von 160.000 Euro, weil der Mastercode des Tresors nicht geändert worden sei.

Manipulationen per Telefon

In den Tiefgaragen einschlägiger Hotels finden sich konzentriert jede Menge Luxus-Schlitten, die in Zukunft immer mehr zum fahrenden Rechenzentrum werden. Damit sind alle Gefahren verbunden, die wir von immobilien Zahlenfressern bereits kennen – nur mit dem Unterschied, dass Transporter von elektronischem Gefahrgut zur Bedrohung ihrer Umgebung werden können, wenn zum Beispiel die Bremsen versagen.

Das Center for Automotive Embedded Systems Security (CAESS) der Universitäten von Kalifornien und Washington will in zweijähriger Tüftelei herausgefunden haben, wie sich mit Hilfe eines Telefonanrufs bei der Telematik-Einheit die Fahrzeugelektronik aus der Ferne manipulieren lässt: Die Türen hätten geöffnet und

Kapitalmarkt

<p>Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.</p> <p>0800 - 1000 500</p> <p>Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.</p>		<p>Beamtenkredite erneute Zinssenkung Mai 2013</p> <p>4,50% effektiver Jahreszins* Laufzeit 7 Jahre</p> <ul style="list-style-type: none"> Umschuldung: Raten bis 50% senken Beamtenkredite ab 10.000 € - 125.000 € Baufinanzierungen günstig bis 120% 	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 65155 Mannheim Fax: (0621) 175180-25 Info@AK-Finanz.de</p> <p>www.AK-Finanz.de</p> <p>*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lzf. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
--	--	--	---

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10000

45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 640 000 75

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtenkredite.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Prälai-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke





Foto: curry/ddp

die Wegfahrsperrung abgeschaltet, die Bremsen deaktiviert werden können. Außerdem hätten sie die Position des Fahrzeugs laufend verfolgen und das Mikrophon der Freisprecheinrichtung einschalten können. Auf diese Weise konnten Forscher in San Diego vom Schreibtisch aus ihre Kollegen im 2.000 Kilometer entfernten Seattle während einer Autofahrt belauschen.

„Was uns Sorgen macht, ist, dass Autos nun zunehmend ans Internet angeschlossen werden“, zitiert Heise die Doktorandin Franziska Rösner von der Universität Washington: „Wenn man nicht von Anfang an für Sicherheit sorgt, wird es hinterher gefährlich.“ Statt Löcher zu stopfen, wird prozessiert: Dem Fachmagazin golem.de zu Folge wurde Flavio Garcia von einem britischen Gericht verboten, sein Wissen zu publizieren. Garcia will herausgefunden haben, wie sich das Sicherheitssystem Megamos Crypto zum Absichern von Luxuskarossen von Volkswagen knacken lässt. Schadenfroh stellt „beforeitsnews.com“ in Aussicht: „Megamos Crypto ist kaputt und Dein Bentley wird geklaut!“ Bentley ist seit 1998 eine von zwölf Marken im Volkswagen-Imperium.

Gefahr für das verlassene Heim?

Solche Gefahren drohen nicht nur zu Lande, sondern auch zu Wasser und in der Luft: Forscher von der Uni Texas wollen der Luxusjacht White Rose falsche GPS Daten untergeschoben haben, um diese so vom Kurs abzu-

bringen, schreibt golem.de. Mit der gleichen Technik könnten Flugzeuge über Städten zum Absturz oder zur Kollision mit anderen Fliegern gebracht werden. Der frühere Berufspilot und heutige IT-Berater Hugo Teso trug bei einer Sicherheitskonferenz vor, wie er Flugzeuge mit einer Android-App „nach seiner Pfeife tanzen lässt“, wie net-security.org behauptet. Die US-Luftfahrtbehörde glaubt Teso allerdings nicht: „Das funktioniert nicht auf zertifizierter Flugzeug-Hardware“, heißt es.

Mehr Angst vor virtuellen Angriffen

Bis hierhin ging es um die Sicherheit des Reisenden. Was aber ist mit seinem verlassenen Heim? Unberechtigt scheint die Frage nicht, denn zumindest in Großbritannien scheinen sich Einbrecher gezielt für die Anwesen von Millionären zu interessieren – zum Beispiel im exklusiven St. George's Hill Estate, südwestlich von London. Dennoch: Die Entscheider sind sich bewusst, wie sehr sie ins Beuteschema von Cyber-Kriminellen passen und haben mehr Angst vor virtuellen Angriffen als vor Sachschäden. Womöglich ist sich die Zielgruppe jedoch nicht klar darüber, dass auch im Untergrund die virtuelle zunehmend mit der physikalischen Realität verschmilzt, zum Beispiel dadurch, dass sich die Immobilienbesitzer Kameras anschaffen, die sie dann übers Internet steuern können – blöd nur: Das wollen nicht

nur die Befugten, sondern eben auch die Unbefugten, die sich nur mal einen Überblick über den Lebensstandard, und – falls sich das Objekt als einstiegswürdig erweist – auch über die Lebensgewohnheiten seiner Insassen informieren wollen. Man will ja schließlich bei seinem unangekündigten Besuch niemanden stören! Zehntausende solcher ungeschützter Kameras gibt es offenbar im Netz zu finden.

Der neueste Schrei heißt „intelligentes Heim“: „Unter diesen Begriff fällt sowohl die Vernetzung von Haustechnik und Haushaltsgeräten (zum Beispiel Lampen, Jalousien, Heizung, aber auch Herd, Kühlschrank und Waschmaschine), als auch die Vernetzung von Komponenten der Unterhaltungselektronik“, so das Internet-Lexikon Wikipedia. Wer das Bedürfnis hat, das Licht, (Garagen-) Türen, Kameras, die Heizung, den Türöffner oder den Stromverbrauch aus der Ferne zu beobachten und zu steuern, kann dazu beispielsweise die Technik der Firma Insteon verwenden. Die hat immerhin 20 Jahre Erfahrung und Millionen seiner Geräte weltweit verkauft. Dabei wird ein Insteon-Gerät zwischen dem Stromverbraucher und dem Stromnetz gehängt und der Fernsteuerung – wahlweise über Funk oder auch Powerline – der heimischen Technik steht nichts im Weg. „Das Beste ist: Jedes Insteon Gerät hat seine eigene ID, somit haben Nachbarn und Mächtetern-Hacker keine Chance, Deine Wohnung zu kontrollieren“, schreibt der Hersteller auf seiner Internetseite.

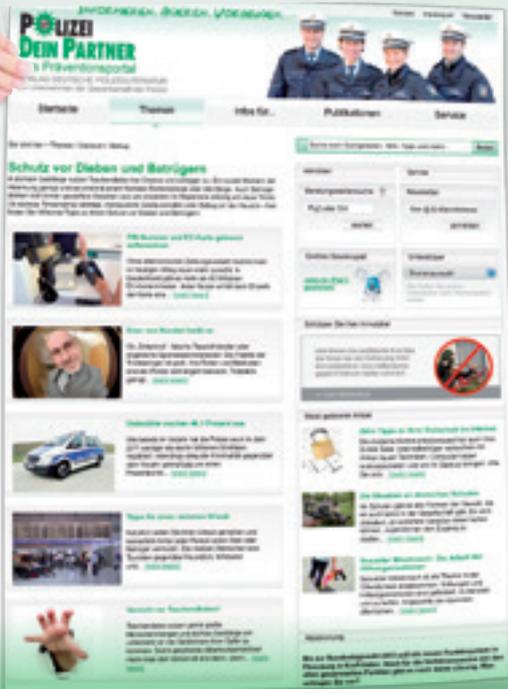
Kaum Interesse an Nutzernamen und Passwörter

Offenbar mangelt es den Verantwortlichen bei Insteon an Fantasie. Bei der „Black Hat“, einer jährlichen Sicherheitskonferenz in den USA, wurde einmal mehr auf die damit verbundenen Risiken hingewiesen, wie Heise berichtet. So haben Mitarbeiter des Beratungsunternehmens Trustwave die Insteon-Technik geprüft: Ursprünglich habe es nicht einmal eine Authentifizierung zwischen der Steuerungssoftware und dem zu steuernden Gerät gegeben. Somit hätte es passieren können, dass ein anderes Gerät wie das gewünschte auf die Steuerung reagiert. Wenigstens das ist mittlerweile behoben, wenn auch nur mit begrenztem Erfolg. Die Authentifizierung sei leicht zu knacken, so der Sicherheitsberater.



Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de



SICHERHEIT

Weiteres Manko: Der Hersteller empfiehlt, Nutzernamen und Passwörter zu vergeben, schreibt das aber nicht zwingend vor. Und die Kunden machen von dieser Möglichkeit zu wenig Gebrauch.

Liste von „intelligenten“ Wohnimmobilien

Diese Lässigkeit hat sich die Journalistin Kashmir Hill für einen Artikel im Magazin Forbes zu Nutze gemacht: Sie hätte einen „sehr einfachen Ausdruck“ gegoogelt und dadurch eine Liste von „intelligenten“ Wohnimmobilien gefunden, deren Eigner „etwas ziemlich Dummes getan“ hätten, indem sie ihre ganzen Geräte – für Suchmaschinen auffindbar – ans Internet klemmten und gleichzeitig auf Nutzernamen und Passwörter verzichteten. Dann rief Hill bei dem ihr bis dahin unbekanntem Thomas Hatley an. „Ich kann alle Geräte in Ihrem Haus sehen und ich kann sie wohl auch steuern.“ Hatley und

seine Frau seien noch im Bett gewesen und er verlangte von Hill, sie solle das Licht im Schlafzimmer von ihrem Wohnort im benachbarten Bundesstaat Kalifornien aus einschalten. Sie tat es und widerstand dabei der Versuchung, auch gleich noch den Fernseher „Poltergeist-ähnlich“ zu bedienen.

Einfach an und aus

„Sie gingen einfach an und jetzt sind sie wieder aus“, habe Thomas Hatley ausgerufen. „Verflixt nochmal!“ In anderen Eigenheimen hätte Hill nach eigener Aussage auch Garagentore bedienen, Wasserpumpen oder den Whirlpool einschalten können. Sogar eine 5.000 Dollar Satis Smart Toilette (mit integriertem Bidet und Massage-Funktion) sei dabei gewesen. Um mit dieser per Bluetooth-Handy zu kommunizieren, sei es nur notwendig, die PIN ‚0000‘ zu kennen: „Da könnte man das Bidet einschalten, während jemand

drauf sitzt“, so die Journalistin. Außerdem seien ihr zahlreiche Namen – auch von Kindern – und Adressen in die Hände gefallen.

Am Rande sei erwähnt: Sollte ein Einbrecher mal Interesse an einer Immobilie haben und er elektronisch keinen Aufschluss über die Lebensgewohnheiten der Bewohner finden können, macht sich der Eine oder die Andere auch mal die Mühe, selbst Kameras zu installieren: So wird ein 21-jähriger beschuldigt, „rindenähnliche“ Kameras mit Bewegungsmelder in der Größe einer Streichholzschachtel in den Gärten scheinbar attraktiver Zielobjekte aufgehängt zu haben. Dazu habe er sich noble Anwesen in Nord-Texanischen Städten ausgesucht.

Wie gesagt: Lumpen lieben Luxus. An dieser Erkenntnis hat auch die Digitalisierung nicht gerüttelt.

Joachim Jakobs

MOTORRAD-TREFFEN

Polizeibiker mit Spaß und Spende



Die ganze Gang auf einen Blick. Foto: Privat

Mitte September 2013 versammelten sich nunmehr zum dritten Mal motorradbegeisterte „Polizeibiker“ im niedersächsischen Duderstadt zu einem mehrtägigen bundesweiten Treffen. Neben gemeinsamen Abendveranstaltungen mit unterhaltsamen Spielen und attraktiven Preisen standen vor allem Ausfahrten auf dem reichhaltigen Programm. Leider spielte der Wettergott den Bikern nicht immer in die Karten, der durchweg guten

Laune tat dies jedoch keinen Abbruch.

Neben allem Spaß und dienstfernen Gesprächen engagierten sich die Feuerstuhl-Fahrerinnen und -Fahrer auch für einen guten Zweck. Für die Kinderkrebstation des Universitätskrankenhauses Lübeck kam mit mehr als 2.400 Euro ein hoher Spendenbetrag zusammen.

Dass das vierte Treffen der Polizeibiker für 2014 schon in Planung

ist, verwundert angesichts zahlreicher positiver Stimmen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht: „... war wieder echt Klasse...“, „... die Touren waren ganz toll ...“, „... das Treffen war wieder einmal super geplant ...“ Freuen können sich Interessierte schon jetzt, denn soll an die Mosel gehen „und damit in das tolle Motorradgebiet Eifel“, kündigt Polizeibiker und Homepage-Administrator Sven Panikow an.

SP/MiZi



Verantwortung übernehmen – Seminar für Führungskräfte

„Verantwortung übernehmen, Politik gestalten und Demokratie fördern“, so lautete das Hauptthema des Führungskräftetrainings der Gewerkschaft der Polizei (GdP). An der Veranstaltung im nordrhein-westfälischen Brakel nahmen im vergangenen Jahr 21 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Nachdem das Seminar 2012 erstmalig aus zwei Modulen bestand, zeigten sich alle Beteiligten sehr erfreut über die Entscheidung des Bundesvorstandes, im vergangenen Jahr die Veranstaltung wieder in drei Teile zu gliedern und allen Beteiligten somit ausreichend Raum für die unterschiedlichen Schwerpunkte zu bieten.

Aufgabe in der Organisation bereits in führender Verantwortung wahrnehmen oder in Kürze wahrnehmen werden.

Einblicke in die Organisation

Die Erwartungen waren hoch und alle gespannt, wie die beiden Seminarleiter die Inhalte vermitteln würden. In den ersten vier Tagen wurden auf variantenreiche Art und Weise unterschiedliche Themenfelder erörtert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich mit Begriffen wie Demokratie und Führung auseinander, differenzierten zwischen unterschiedlichen Führungsstilen, erar-

besondere mit Führung einhergehende Verantwortung. Weiter wurde ausführlich über Möglichkeiten und Chancen zur politischen Teilhabe und gesellschaftspolitische Herausforderungen sowie zu den Themen „Wohlfahrtsstaat und soziale Gerechtigkeit“ diskutiert. Zusätzlich erhielten alle einen grundlegenden Einblick in die Organisation und Umsetzung von Projekten und konnten abschließend die Zeit nutzen, um unter Anwesenheit des für Bildung zuständigen Mitglieds aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand Jörg Bruchmüller, „echte“ Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Und so konnten alle mit dem Gefühl nach Hause fahren, auf angenehme Art und Weise vieles gelernt zu haben und dabei nicht mit purer Theorie erschlagen worden zu sein, ohne dass der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern zu kurz kam. Schon jetzt freuen sich alle auf ein Wiedersehen im Juni.

Es dauerte nicht lange und der zweite Seminarteil begann. Diesmal wurden Themen wie Teamarbeit, Kommunikation, Rhetorik und Konfliktlösung ausführlich besprochen, aus mehreren Blickwinkeln betrachtet und anschließend rege unter den Beteiligten diskutiert. Bruchmüller stand den Anwesenden erneut Rede und Antwort. Im Rahmen eines von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorbereiteten Interviews wurde er zu gewerkschaft-



Jörg Bruchmüller beantwortet die Fragen der Beteiligten und konnte auch mit Witz überzeugen.

Foto: Rohde

Am ersten Tag hieß es erst einmal, sich kennenzulernen. Wenn sich auch alle ungefähr vorstellen konnten, was sie inhaltlich erwartet, waren alle doch gespannt auf das, was in den nächsten Tagen auf sie zukommen wird. Das galt insbesondere für die jüngeren Hasen, die erstmals an einer Veranstaltung des Bundes teilnehmen durften. Und wie der Thema schon vermuten lässt, war es dieses Mal das Seminarziel, Führungskräfte der GdP fortzubilden. Also eine Gruppe, die ihre



Das Foto zeigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Führungskräftetrainings in Brakel.

Foto: Rohde

beiteten Zusammenhänge von Führung und Persönlichkeit und definierten die

lichen Themen – wie Medienpräsenz, gewerkschaftlicher Bildung, Mitgliedergewinnung- und -betreuung, um nur einige zu nennen – befragt. Dabei



machten die zwei ausgewählten Interviewer deutlich, dass sich die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer ihrer Funktion als Führungskraft bewusst sind und die Bereitschaft und Fähigkeit besitzen, für die Organisation Verantwortung zu übernehmen. Dabei verwiesen sie des Öfteren auf die im ersten Modul entwickelten Handlungsempfehlungen. Insgesamt zeigten sich alle auch mit diesem Teil zufrieden und fieberten bereits dem abschließenden dritten Baustein entgegen.

Erfolgreiche Wissensvermittlung

Mit Themen wie Ökonomie und Gesellschaft, Rolle und Persönlichkeit, Leben im Ehrenamt und politische Teilhabe wurde den teilnehmenden Führungskräften wiederum ein vielseitiges Programm geboten, das es vermochte, jeden einzelnen sowohl in seiner persönlichen Entwicklung reifen zu lassen als auch für die anstehenden gewerkschaftlichen Aufgaben mit weiterem Handwerkszeug zu versorgen.

Nach dem letzten Seminar ließ sich daher mit Fug und Recht behaupten, das Ziel der Veranstaltung wurde erreicht: den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Plattform zu bieten, um Erfahrungen und Wissen zu Führungsverhalten und Kommunikationsstrategien, zur Organisations- und Projektentwicklung, , Konflikt- und Problemlösung sowie Entscheidungsfindung und zum Zeitmanagement am Beispiel des gewerkschaftspolitischen Ehrenamtes in der GdP zu sammeln, zu festigen und zu erweitern.

Der Dank aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer geht an dieser Stelle an Torsten Rohde aus der Bundesgeschäftsstelle und Anke Fabian, eine professionelle Trainerin und Beraterin aus Düsseldorf, die souverän durch die drei Teile führte. Der Dank gilt ebenfalls Jörg Bruchmüller, der sich unseren durchaus kritischen Fragen gestellt hat und natürlich an den Bundesvorstand, der die Wichtigkeit des Seminars erkennt und uns die Möglichkeit bot, an diesem teilzunehmen.

Karin Schäfer

„Achtsamkeit“ oder „Die Kraft des Augenblicks“

Ein Beitrag zum Nachdenken und Weiterdiskutieren

Von Manuela Beucker und Jörg K. Unkrig

Das Hamsterrad einfach mal anhalten. Einfach mal Pause einlegen und durchatmen. Einfach mal Stress, Anspannung und Sorgen hinter sich lassen. Einfach mal abschalten und Vorgang Vorgang sein lassen. Einfach, einfach, einfach ... klingt einfach, ist es aber nicht. Mehr Tempo, mehr Druck, mehr Vorgänge, mehr von Allem. Wir „überholen“ uns ständig selbst. Und drohen nicht selten, dabei auf der Strecke zu bleiben. Ist die Zeit auch in einer Institution wie der Polizei oder dem öffentlichen Dienst allgemein reif für einen Tempowechsel, und ist dies überhaupt möglich?

Oft beschäftigen wir uns mit fachlichen Themen, die uns Handwerkszeug an die Hand geben, das wir in unseren Aufgabenbereichen brauchen, um handlungssicherer oder -fähiger zu werden. Aus unserer Sicht und aufgrund unserer langjährigen Erfahrungen erfolgt eine Beschäftigung mit den Themen „Gesundheit“, „was tue ich für mich“ und „Achtsamkeit“ viel zu selten und meist tatsächlich erst dann, wenn „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, also eine Erkrankung vorliegt und wir die Notbremse ziehen müssen, um Schlimmeres zu verhindern.

Achtsamkeit für die eigene Person ist aber tatsächlich etwas anderes und zugleich viel mehr, als es zunächst den Anschein hat.

Eine wissenschaftliche Definition lautet: „Achtsamkeit ist die aufmerksame Wahrnehmung des gegenwärtigen Moments, der Gedanken, Gefühle und Körperempfindungen des Augenblicks, ohne sie jedoch zu bewerten oder emotional darauf zu reagieren“.

Achtsamkeit lässt sich mit unterschiedlichen Verfahren, Übungen und in Trainings erlernen und lebenslang verbessern. Man verändert dadurch den präfrontalen Cortex, jene Region in unserem Gehirn, in der wir unser Fühlen, Denken und Handeln kontrollieren. Und Achtsamkeitsübungen können auch unsere neuronale Angstzentrale, die Amygdala, dämpfen.

Übungen stärken Selbstregulation

Übungen stärken in diesem Bereich die Selbstregulation, die für den Bereich der Entspannung nach Anspannung so wichtig ist, einen Schutz unserer

Gesundheit bildet und dadurch Erkrankungen tatsächlich vorbeugt. Zudem sprechen aktuelle Untersuchungen tendenziell von einer besseren Immunabwehr beziehungsweise einem verbesserten Immunsystem.



Illustration: Gillian Blease/dpa

Der Biologe Kabat-Zinn von der University of Massachusetts entdeckte in den späten 1970er-Jahren Achtsamkeit als therapeutisches Werkzeug (Mindfulness based stress reduction – MBSR-Verfahren) mit dem zum Beispiel die Schmerzwahrnehmung verändert werden kann. So werden Beschwerden bewusster erlebt und besser beschrieben. Beides führt dazu, dass Betroffene



darunter weniger leiden, davon weniger gestresst und beeinträchtigt sind. Zudem war ein Absinken des Stresshormons Kortisol im Blut bei Personen messbar, die Achtsamkeitstrainings durchführten.

Mit der Entwicklung immer feinerer und genauerer Messmethoden im Gehirn konnte festgestellt werden, dass Achtsamkeit die Konzentration und somit auch das Lernen verbessert, da der Hippocampus gestärkt wird, also jene Region in unserem Gehirn, die Neues aufnimmt und verarbeitet.

Warum ist Achtsamkeit gerade im Polizeiberuf so wichtig? Die Nischen zum Ausruhen und Luftholen werden immer weniger, Belastungen (subjektiv und objektiv) nehmen weiter zu und mehr Personal könnte zwar eine Lösung sein, ist aber für sich alleine nicht ausreichend. Aus diesen Gründen ist ein Blick auf sinnvolle Methoden, die den Einzelnen unterstützen dringend erforderlich und sinnvoll.

Aus der Tabuzone heraus

Schauen wir auf die Zahlen und Entwicklungen der letzten Jahre, so wird deutlich, dass seelische Erkrankungen zugenommen haben, auch, wenn man sich über die Gründe dieser Entwicklung nicht hundertprozentig einig ist. „Alle großen Studien, in denen psychische Störungen methodisch solide über längere Zeit erfasst wurden, widersprechen der Annahme, dass es in den letzten Jahrzehnten eine bedeutsame Zunahme gab“, sagt Frank Jacobi, der an der Psychologischen Hochschule Berlin lehrt und als ein führender Experte für die Epidemiologie psychischer Krankheiten gilt. Im Weiteren: „Aufklärungskampagnen haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass immer mehr Ärzte etwa eine Depression auch erkennen und dass Patienten schneller Hilfe beim Facharzt suchen. Vor allem affektive Störungen haben viel von ihrem früheren Stigma verloren. Auch deshalb gibt es weniger Scham- und Verlegenheitsdiagnosen. Man kann durchaus annehmen, dass sich in der Vergangenheit hinter vielen Rückenschmerzen und Schlafstörungen eigentlich psychische Beschwerden verbargen.“

Dies führt nach Ansicht von Jacobi zu einem weiteren Punkt: Früher war es einfacher, sich etwa mit einer leichten Depression durch Leben und Beruf zu schleppen. In der heutigen Arbeitswelt ist das nicht mehr so einfach. Der

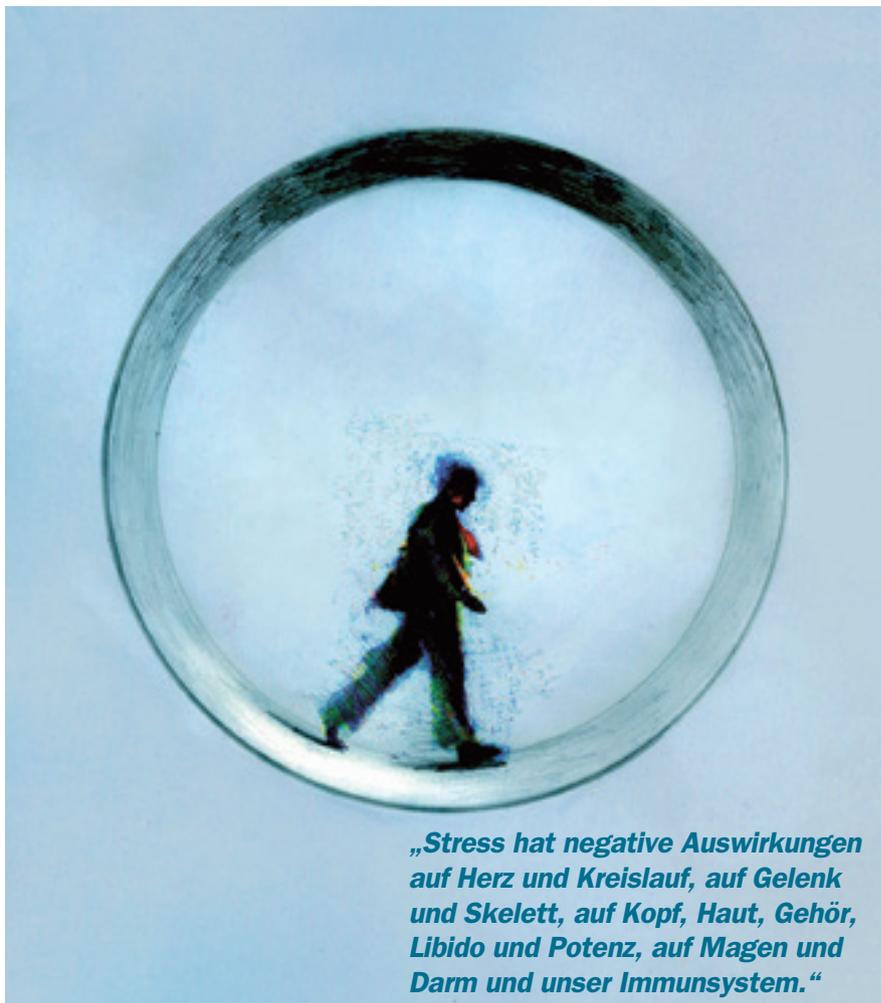


Illustration: Gary Waters / dpa

„Stress hat negative Auswirkungen auf Herz und Kreislauf, auf Gelenk und Skelett, auf Kopf, Haut, Gehör, Libido und Potenz, auf Magen und Darm und unser Immunsystem.“

Druck am Arbeitsplatz verursacht also womöglich nicht die Störung, macht sie aber sichtbar.

Man ist sich heute sicher, dass viele Gelenk- und Skeletterkrankungen – von Darm- und Magenerkrankungen gar nicht zu sprechen – eine Folge von psychischer Belastung sind. Nicht ohne Grund nehmen zum Beispiel deshalb Operationen im Bereich von Bandscheibenvorfällen ab und eine ganzheitliche Betrachtung von Krankheitsbildern hält Einzug in die Diagnose- und Behandlungsverfahren.

Spirale der Erschöpfung

Schon seit Jahren beschäftigen wir uns in unseren Berufen mit der Zunahme von Burn-out und stellen in den genannten Bereichen – auch wenn wissenschaftlich nicht valide – eine deutliche Zunahme fest. Es gibt eine Spirale von der Erschöpfung ins Seelentief. Aus unserer Sicht liegt das nicht an der immer noch schwierigen Diagnosemöglichkeit,

sondern an dem tatsächlichen Umgang damit. Simulanten sind in diesem Bereich deutlich die Ausnahme, werden aber oft pauschal als die Regel dargestellt. Auch dies sagt etwas über unsere Kultur mit solchen Phänomenen aus! „Ein Polizist hat das nicht (zu haben) beziehungsweise kann das nicht haben“.

Dass Stress krank macht, ist inzwischen wissenschaftlich gut belegt, und die Unterscheidung zwischen gutem und schlechtem Stress (Dis- und Eustress) ist oftmals reine Rhetorik. Beides belastet Körper und Geist, und auch guter Stress ist auf Dauer schädlich, führt zu Überlastung und kann krank machen. In vielen Kreisen wird mit dem Begriff des Workaholics kokettiert und nicht selten findet man solche Personen nach einiger Zeit als Patienten in entsprechenden Kliniken wieder. Prominente Beispiele für das Ausbrennen gibt es reichlich, so Fernsehkoch Tim Mälzer, Skispringer Sven Hannawald, Profifußballer Sebastian Deisler und



auch die Medienwissenschaftlerin Miriam Meckel.

Stress hat negative Auswirkungen auf Herz und Kreislauf, auf Gelenk und Skelett, auf Kopf, Haut, Gehör, Libido und Potenz, auf Magen und Darm und unser Immunsystem.

Kreis schließt sich

Und jetzt beginnt sich langsam der Kreis zu schließen. Wenn ich Stress durch verschiedene berufliche oder auch private Belastungen ausgesetzt bin – oft ist es eine Mischung, die zu einem explosiven Gemisch führt – muss ich unbedingt reagieren!

Eine erste eigene Reaktionsmöglichkeit ist es, achtsamer gegenüber sich selbst zu werden. Was bedeutet das jetzt konkret: Zunächst: „Erst eine starke Beziehung zu sich ermöglicht eine starke Beziehung zu Anderen“ und „auch Brüche des Lebens dürfen ihren Platz haben“ und lassen Sie es erst gar nicht bis zum Schlimmsten, also zum Zusammenbruch, kommen.

Bei allem, was sie ausprobieren, denken Sie immer daran: „Was (Ihnen) hilft, ist richtig“.

Und was sagt die Theologin dazu?

Stellen Sie sich folgende Situation vor:
Siemacheneinentaglangeineverkehrs-
kontrolleineiner30zonevoreinergrundschule-
schonwiederisteinverkehrsteilnehmerviel-
zusehnellgefahrenderzehnteinnerhalb-
nerstundesehaltenihnanschonwährend-
dieserseinfensterrunterkurbelthörensie-
seinewuttiradenüberdieungerechtigkei-
tundwillkürdesstaatesundüberihreimspe-
ziellen ...

Was, außer dem Gesetz, hindert Sie daran, ihm mal in aller Klarheit ebenso laut zu sagen, was Sie von ihm halten, Macht und Stärke zu demonstrieren?

Sie haben es sicher längst gemerkt. Dieses Fallbeispiel ist nicht in Geheimsprache geschrieben, sondern ohne Punkt und Komma, ohne Pause zwischen den Buchstaben, ohne Unterschied zwischen Verb und Nomen. Warum? Als eine Art Gleichnis: Satzzeichen geben dem Satz einen Sinn. Groß- und Kleinschreibung helfen uns, die Satzbausteine zu unterscheiden. Die Leerstellen zwischen den Buchstaben machen erst die Bedeutung des einzelnen Wortes klar.

In den Stundengebeten der Mönche haben diese Augenblicke seit Anbeginn einen tieferen Sinn. Von hier aus entspringt der Sinn, wie aus einer Quelle.

Hier kann man den Rhythmus des eigenen Herzens wahrnehmen und sich auch in ihn hineinbegeben. Von hier aus gerät der Satz, gerät das Leben in Fluss.

An dieser Stelle setzt für mich das Thema Achtsamkeit ein. Es ist kein neues Thema, sondern eben ein sehr altes. Es hat seine Wurzeln im Buddhismus, wird aber auch vom Inhalt her im Christentum genannt, deshalb ziehe ich für dieses Thema zwei Mönche zu Rate – Bernhard von Clairvaux (*um 1090 bei Dijon, †20. August 1153 in Clairvaux) und Thich Nath Hanh (*11. Oktober 1926 in Vietnam). Beiden gemein ist, dass sie sich auf ihre Art mit den Menschen beschäftigen: mit den menschlichen Fragen, dem menschlichen Sein, mit dem Erstarrten im Menschen und der Frage, wie er sich selbst wieder in Fluss bringen kann. Sie sind geübt in der Meditation, im Gebet.

Die Etymologie der Achtsamkeit

Das Wort „achten“ kommt von ahton/aht und bedeutet so viel wie Meinung, Gesinnung, Beachtung. Der Wortstamm findet sich wieder in zum Beispiel beachten, verachten, Gutachten oder in Wendungen wie in Acht nehmen, Acht geben. Je nach Quelle finden sich bis zu 217 Synonyme. „Achtsam“ als Adjektiv meint: aufmerksam, wachsam, vorsichtig, sorgfältig.

All das, was die Gesellschaft und auch der Staat von einem guten Polizisten erwartet, was man vielleicht auch als Anspruch an sich selbst stellt. Von der Sprachbedeutung ist es von seinem Blickwinkel eher ausgerichtet auf ein Gegenüber. Wer das Wort achtsam in diesem Zusammenhang nicht mehr benutzt, sondern auf ein Synonym zurückgreift, kann merken, dass es gerade im Leben der Polizisten auf vielfältige Art



„Warum ist Achtsamkeit gerade im Polizeiberuf so wichtig? Die Nischen zum Ausruhen und Luftholen werden immer weniger, Belastungen (subjektiv und objektiv) nehmen weiter zu ...“

„Achtsamkeit ist die aufmerksame Wahrnehmung des gegenwärtigen Moments, der Gedanken, Gefühle und Körperempfindungen des Augenblicks ...“

Illustration: Gary Waters/Upa



ein ständiger Begleiter ist, dass Formen des „Achtsam seins“ Leben retten kann.

Das Wort Achtsamkeit hat seine historischen Wurzeln im Buddhismus, ist fest verankert im achtfachen Pfad/Mittlerer Pfad, dem Weg des Buddhisten um den Kreislauf des Leidens zu überwinden.

Noch bis in die 1960er-Jahre war das Wort „Achtsamkeit“ im deutschen Sprachgebrauch quasi nicht vorhanden. Erst durch die Flower-Power-Zeit, durch die Beatles, den Blick nach Indien, die Erfahrung des Sich-Fühlens, fand es darin Einzug.

Achtsamkeit geht jetzt einerseits nach innen, zu einer Wahrnehmung des eigenen Ichs, im Sinne einer Nicht-Bewertung und Akzeptanz, andererseits entwickelt es sich, öffnet sich, für den Augenblick und für das Gegenüber, schafft Selbstregulationsmöglichkeiten im Alltag, steigert das Mitgefühl und stärkt die eigene Präsenz.

Gestresster Papst

In einem Brief, den Bernhard von Clairvaux an den gestressten Papst Eugen III. geschrieben hat, wird zuerst einmal anschaulich gemacht, was Unachtsamkeit für Konsequenzen haben kann. Die Parallele zum Polizisten heute, liegt womöglich in dem helfenden Beruf, nennen wir es den Aspekt der Dienstleistung und in der Gefahr, sich darin selbst zu verlieren.

Ausschnitte aus diesem Brief:

„Wo soll ich anfangen? Am besten bei deinen zahlreichen Beschäftigungen, denn ihretwegen habe ich am meisten Mitleid mit dir. Ich kann allerdings nur Mitleid mit dir haben, wenn du selbst Leid empfindest. ... Denn wo einer kein Leid empfindet, kann man auch nicht mitleiden. Wenn du also leidest, dann empfinde ich Mitleid mit dir; wenn nicht, tust du mir dennoch leid, ..., denn ich weiß, dass ein Glied, das nichts mehr empfindet, schon ziemlich weit weg ist vom Heilsein ... verlass dich nicht zu sehr auf das, was du im Augenblick empfindest. Es gibt in unserem Geist nichts, was sich nicht durch Nachlässigkeit und Zeitverstreichen abschleift. ... Was durch ständiges Andauern nicht hart wird? ... Zunächst kommt dir etwas unerträglich vor. Im Laufe der Zeit gewöhnst du dich vielleicht daran und hältst es nicht mehr für so schwer; es dauert nicht lange und es kommt dir leicht vor; es vergeht nicht viel weitere Zeit und es sagt dir sogar zu. So verhärtet man allmählich Schritt für Schritt sein Herz und auf die Verhärtung erfolgt die Abneigung ... Wenn also alle Menschen

ein Recht auf Dich haben, dann sei auch Du selbst ein Mensch, der ein Recht auf sich selbst hat.“

Erinnern Sie sich noch:

- an die erste schreckliche Erfahrung, die Sie als Polizist gemacht haben, an den Wunsch, sie zu verdrängen,
- daran, warum Sie Polizist geworden sind,
- an das gute Gefühl, als Sie einem Menschen geholfen haben,
- wann Sie das letzte Mal den Gedanken hatten, dass für Sie alles rund läuft?

Papst Eugen III. dachte, dass er alles im Griff hat. Bernhard Clairvaux traute sich sein Korrektiv zu sein:

Fünf Punkte sind mir anhand seines Briefes deutlich geworden:

1. Jeder braucht ein Korrektiv, einen Menschen, der mit den Augen der Achtsamkeit schaut: Familie, Freunde, Kollegen.
2. Wer immer nur schafft, wer bei anderen den Eindruck hinterlässt, es ist leicht, kann nicht erwarten, dass die anderen es ihm leichter machen.
3. Wer sich selber gegenüber unachtsam wird, verliert das Gefühl für sich selbst.
4. Unachtsamkeit führt vielleicht zu Krankheiten, oder zum Zusammenbruch.
5. Wer Verantwortung übernimmt, hat sie auch für sich selbst.

Praktische Übung

Positiv formuliert: Der Schlüssel heißt, „sich zuerst auf sich selbst besinnen“.

Der buddhistische Mönch, Thich Nhat Hanh, hat dazu die Achtsamkeit des Atems herangezogen. „Achtsamkeit anknipsen“, hat er es genannt, als wäre der Schalter dazu in uns schon da, als würde er quasi auf unseren Gebrauch warten:

„Beim achtsamen Atem sollten wir uns nicht um unsere Einatmung bemühen, sollten uns nicht anstrengen, atmen wir ganz natürlich. Wir atmen ohnehin ein. Warum also sollten wir uns vornehmen, einzuatmen? Achten wir lediglich auf unseren Atem, erlauben wir ihm so zu sein, wie er ist. Seien wir ganz liebevoll, umarmen wir unseren Atem mit unserer Achtsamkeit. ... Einatmend weiß ich, dass ich einatme. Das ist alles und die Wirkung wird immens sein. Viele Menschen praktizieren so, als ginge es darum, eine anstrengende

Arbeit zu erledigen. ... Wir brauchen nur unsere Achtsamkeit anzuknipsen und uns des Atems bewusst zu werden. ... der Effekt der Bewusstheit. Wir nehmen unser Einatmen als Einatmen wahr, unser Ausatmen als Ausatmen und wir umarmen beides mit Liebe.“

Aus dieser Übung ziehe ich vier Schlüsse für den achtsamen Umgang mit uns selbst:

1. Versuchen Sie nicht abzuschalten – Achtsamkeit anknipsen ist leichter.
2. Wer Achtsamkeit anknipst, sieht sich selbst, sieht mehr.
3. Was wir sehen, wird uns vielleicht erschrecken, weil es unserem Selbstbild widerspricht: unsere Ungeduld, unsere Angst, unsere Wut, Verletzungen. Auch dieses Erschrecken will unter dem Aspekt der Achtsamkeit wahrgenommen und angenommen werden, will auch in Liebe umarmt werden.
4. Unser Bewusstsein schafft unser Sein! Die Wirkung ist immens.

In einem weiteren Buch beschreibt er Übungen, mit denen man seinem Körper, seinen Gedanken, Wahrnehmungen und Gefühlen in Achtsamkeit begegnen kann, mit dem Ziel, sie in das Alltagsleben zu integrieren, das eigene Dasein in seiner Vielschichtigkeit zu erleben und den Augenblick als Befreiung und Freude zu erleben.

Haben Sie sich wieder entdeckt? Sind Sie neugierig geworden?

Dieser Artikel will eine Anregung sein, will Ihnen Lust und auch Mut machen, den Blickwinkel zu wechseln, Achtsamkeit zu üben und für ein kostbares Geschenk zu erachten. Sie können sich dieses Geschenk selber machen.

Zu den Autoren:

Manuela Beucker und Jörg K. Unkrig beschäftigen sich aus den Blickpunkten ihrer Professionen in ihrem Artikel mit dem Thema „Achtsamkeit“ und was dies überhaupt mit der polizeilichen Arbeit zu tun hat.

Kriminaloberrat Jörg K. Unkrig ist Referent im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Sozialer Ansprechpartner und Dozent für soziale Kompetenzen an der Fachschule für öffentliche Verwaltung sowie an der Fortbildungsakademie des Landes NRW.

Manuela Beucker ist Theologin und Heilpraktikerin, Religionslehrerin an der RSS Wuppertal und freiberufliche Trauerrednerin.



Zukunft gemeinsam gestalten – Stellung bezogen

Anfang November 2013 fand in Berlin die 19. DGB-Bundesjugendkonferenz unter dem Motto „Zukunft Gemeinsam Gestalten“ statt. Wie wichtig der jungen Generation ihre Themen sind, zeigte nicht nur die Anzahl von über 250 eingereichten Anträgen, sondern auch die Bereitschaft, diese bis in die Nacht hinein zu diskutieren und zu beraten.

Ein Novum war es, der Konferenz auch auf digitalem Weg beiwohnen zu können, sei es über die bekannten sozialen Netzwerke oder den extra für die Konferenz eingerichteten Livestream und -blog. Hier ließen die Veranstalter keine Wünsche offen. Nach Auffassung der GdP-JUNGE GRUPPE-Delegation vor Ort eine tolle Idee, die durchaus zum Nachmachen geeignet ist und sicherlich in Zukunft noch mehr Anhänger finden wird. Die JUNGE GRUPPE (GdP) selbst hat sich mit acht Anträgen an der Konferenz beteiligt und startete mit diesen interessante Diskussionen. Wenn sich auch an der einen oder anderen Stelle konträre Meinungen gegenüberstanden, gelang es den Delegierten der JUNGEN GRUPPE (GdP), Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen und dabei durchaus Unterstützung für ihre Positionen und Argumente zu erhalten.

Insbesondere der von der JUNGEN GRUPPE (GdP) mit der Forderung der Schaffung eines neuen Paragraphen 115 StGB, der Vollstreckungsbeamte auch außerhalb einer Vollstreckungshandlung vor gewalttätigen Übergriffen besonders schützen soll, einhergehende Antrag „Keine Gewalt gegen Polizeibeamte“ wurde angeregt diskutiert. Entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission, diesen Antrag in der formulierten Fassung anzunehmen, votierten die Delegierten dafür, das Gewaltphänomen grundsätzlich zu betrachten und die Debatte zum Antragsbegehren im DGB-Jugend-Bundesjugendausschuss fortzuführen.

„Ein aus gesellschaftspolitischer Perspektive betrachtet durchaus nachvollziehbares Vorgehen, auch wenn ich mir gewünscht hätte, dass man unserem Antrag zustimmt und somit auch ein klares gesellschaftliches Zeichen für unsere Kolleginnen und Kollegen setzt“, so der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende Alexander Poitz.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) wird sich aber

weiterhin in diesen Diskussionsprozess einbringen und ihre Argumente vortragen. Die Ergebnisse der KFN-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ zeigen leider unmissverständlich, dass die Gewalt gegenüber der Polizei zugenommen hat. Jetzt heißt es aber erst einmal, das Gewaltthema grundlegend zu betrachten, um dann gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, die auch die Berufsgruppe der Polizistinnen und Polizisten stärker vor Gewaltübergriffen zu schützen vermag.

Betroffen zeigte sich die JUNGE GRUPPE (GdP), dass sich die Delegierten der Konferenz gegen das sogenannte Pfefferspray als polizeiliches Einsatzmittel bei Versammlungen positionierten. „Hier will man die Polizei um ein Einsatzmittel berauben, das unter Maßgabe der Verhältnismäßigkeit sowohl dem Schutz von Demonstranten als auch Polizisten dient“, so der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende Jochen Zeng. Die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz sagte: „Es ist bedrückend, dass das Polizeibild bei Versammlungen von den anwesenden jungen Menschen derart negativ geprägt ist. Auch wenn ich die Auffassung vertrete, dass die uns widergespiegelte polizeiliche Vorgehensweise nur in den seltensten Fällen zutrifft und einer gesetzlichen Grundlage entbehrt, wären wir als Organisation hier gut beraten, uns mit den Erfahrungen der jungen Menschen innerhalb der DGB-Jugend auseinanderzusetzen. Wir könnten uns viel mehr in die Prozesse der DGB-Jugend auf regionaler Ebene einbringen und den jungen Menschen dort zeigen, was Polizeiarbeit im Alltag und unter dem Aspekt des Schutzes von Versammlungen bedeutet – warum Polizei, wann und wie handelt. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir uns häufiger als einmal alle vier Jahre im Rahmen von Konferenzen an diesen Diskussionen beteiligen.“ Ganz anders beim Thema Personalabbau: Hier zeigte sich die Delegation der JUNGEN GRUPPE (GdP) sehr erfreut, dass die

Delegierten der Konferenz dem Antrag – den Personalabbau in der Polizei und im öffentlichen Dienst zu stoppen – folgten. Insbesondere auch deswegen, weil man den Antrag mit dem Zusatz versah, diesen im Namen der DGB-Jugend an den im nächsten Jahr stattfindenden Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes weiterzuleiten.

Dass es sich bei den Anträgen der JUNGEN GRUPPE (GdP) nicht ausschließlich um unmittelbare Polizeithemen handelte, zeigte zum Beispiel der Antrag zur Schaffung von mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Berufstätige im Schichtdienst. „Auch wenn dieser Antrag durch die GEW-Jugend (Erziehung und Wissenschaft) um die angemessene Bezahlung der dafür benötigten Erzieherinnen und Erzieher ergänzt wurde, ist unserem Anliegen gefolgt worden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht nur auf dem Papier stehen. Es müssen auch für Eltern, die im Schichtdienst tätig sind, ausreichende Möglichkeiten geschaffen werden, ihren Beruf mit der Kindeserziehung zu vereinbaren“, so Markus Behringer, Landesjugendvorsitzender aus Rheinland-Pfalz, selbst Vater einer kleinen Tochter und im Schichtdienst tätig.

Die Anträge zur Förderung des Ehrenamtes durch den Dienstherrn und zur Erhöhung von Sonder- und Bildungsurlaubstagen für gewerkschaftliche Zwecke beziehungsweise für Bildungsveranstaltungen erhielten zudem das Votum der Delegierten und werden in den nächsten vier Jahren die Arbeit der DGB-Jugend mitbestimmen. „Dass diesen Anträgen gefolgt wurde, zeigt, wie wichtig diese Themen der jungen Generation sind. Deutlich wird, dass die JUNGE GRUPPE (GdP)

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 105;
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



nicht nur zu Polizeithemen aussagefähig ist, sondern auch ein gutes Gespür für die gesellschaftspolitische Aktualität besitzt“, so die Landesjugendvorsitzende aus Hamburg, Patrizia Metzger.

In den eigenen Reihen, darf man besonders gespannt auf das Symposium zu den Folgen des Bologna-Prozesses sein, denn auch diesem von der JUNGEN GRUPPE (GdP) eingereichten Antrag folgten die jungen DGB-Delegierten. Dazu die BKA-Bezirksjugendvorsitzende und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes, Caroline Manicke: „Wir sind froh darüber, dass wir die Anwesenden von der Wichtigkeit dieses Symposiums

überzeugen konnten. Der Bologna-Prozess hat auch vor der polizeilichen Ausbildung nicht halt gemacht, aber letztlich betrifft die Entscheidung uns alle und von daher sollten die Folgen des Bologna-Prozesses auch auf breiter Basis diskutiert werden.“

Die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz resümierte: „Bei der 19. DGB-Bundesjugendkonferenz hat es sich um eine gelungene Veranstaltung gehandelt. Wir alle gehen sehr motiviert nach Hause. Die Art und Weise wie hier in den vergangenen drei Tagen miteinander umgegangen und um Positionen diskutiert wurde, hat mir imponiert, auch wenn ich mir an der einen oder anderen Stelle ein anderes

Votum gewünscht hätte. Die Konferenz hat wieder einmal gezeigt, dass junge Menschen ernst zu nehmen sind. Ich möchte den politisch Verantwortlichen daher empfehlen, mehr auf das zu hören, was junge Menschen zu sagen haben. Es gilt die ausgemachten Probleme anzugehen, anstatt immer wieder mittels Verweis auf das Spardiktat zu versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen und so letztlich einer Vielzahl zwingend erforderlicher Entscheidungen aus dem Weg zu gehen. Nur zu betonen, dass die junge Generation durchaus ihre Berechtigung im politischen Diskurs besitzt, reicht uns nicht aus. Wir wollen auch gehört werden.“

Torsten Rohde



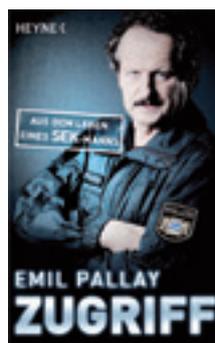
Zugriff – Spektakuläre Fälle eines SEK-Polizisten

Geiselnahmen, Entführungen, Erpressungen: Heikle Einsätze waren Alltag für Emil Pallay, Leiter einer Polizei-Spezialeinheit. Jetzt schildert er erstmals seine spektakulärsten Fälle.

Er erzählt, mit welchen Tricks man versucht, Geiseln gewaltlos zu befreien, wie ein Überraschungsangriff funktioniert, was Menschen dazu bringt, zu Geiselnemern zu werden,

aber auch, wie es sich anfühlt, auf einen Menschen schießen zu müssen, um andere zu retten.

Pallay, Jahrgang 1950, war 43 Jahre im Polizeidienst tätig, 20 davon beim Spezialeinsatzkommando (SEK) Südbayern. Neben annähernd



1.000 Einsätzen zur Bekämpfung schwerer Gewaltkriminalität, insbesondere bei Entführungen, Erpressungen, organisierter Kriminalität und Terrorismus, war er an der Bewältigung von mehr als 30 Geiselnahmen beteiligt. Er berät europaweit Spezialeinsatzkommandos, hält Vorträge und Seminare. Pallay lebt in München.

Zugriff – Aus dem Leben eines SEK-Manns, Emil Pallay, Heyne Verlag, 256 Seiten, 8,99 Euro, ISBN 978-3-453-60240-3



Nr. 1 • 63. Jahrgang 2014 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:

Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:
Marion Tetzner

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117,
Fax (030) 39 99 21 - 200

E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.079 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Grafik und Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning** und **H. R. Henning**



Format: DIN A 5 Broschur

Umfang: 260 Seiten

Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich am im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



33. Auflage 2012/2013

Steuerfibel + CD-ROM

Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich (Paketangebot)

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8) Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!

DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater. Als Finanzbeamter sieben Jahre in verschiedenen Ressorts der Finanzverwaltung tätig; Studium an der Fachhochschule Mainz. Fünf Jahre Leiter einer Steuerabteilung in einem Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüro. Seit 1.11.1990 Niederlassung als Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning M.A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de



POLIZEI

Für ihre „Polizei-Arbeit“ bietet die Firma KIDSSHIRT das passende Outfit.

Kinder T-Shirt „POLIZEI“, blau

92	25-6001
104	25-6101
116	25-6201
134	25-6301
152	25-6401
164	25-6501

11,95 €



T-Shirt „POLIZEI“, blau

Erwachsenen	
L	25-6601
XL	25-6701

13,95 €

Bequeme T-Shirts aus 100 % Baumwolle mit aufwendig bedruckten Details und eine fast originalgetreue Polizei Einsatzmütze und Polizei Basecap – genau das Richtige für alle die später einmal Polizist/in werden wollen!

Polizei Basecap

Material: 100 % Baumwolle.
Verstellbarer Klettverschluss. Ø 20 cm.
Geeignet für Kinder ab 3 Jahre
257001 Farbe: blau

5,95 €

Polizei Einsatzmütze

Oberteil aus Kunststoff – Abwaschbar.
Ø 18 cm. Geeignet für Kinder ab 3 Jahre
256801 Farbe: weiß / blau
256901 Farbe: blau

7,95 €

Letzter Bestelltermin: 31.01.2014



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: - 4165 • osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de